

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
für Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf.
Durch die Post bezogen Vierteljahr 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 3.—, Erhöhter wöchl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bringerstraße 21. U. Telefon 8466.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Bringerstraße 21. Telefon 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertats werden die 6spaltigen Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Eiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 30 Pf. Inserate müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 4.

Dresden, Donnerstag den 7. Januar 1909.

20. Jahrg.

Die Steuersysteme in England und Frankreich.

Die nächsten Monate des politischen Lebens in Deutschland werden im wesentlichen angefüllt sein von dem Kampfe um die Steuern. Denn darum handelt es sich nicht mehr, ob das deutsche Volk jährlich Hunderte Millionen Mark Steuern mehr bezahlen soll oder nicht, das Defizit ist vorhanden, die Schulden sind gemacht, sondern vielmehr dreht sich der Kampf um die Frage, wie sollen die neuen Steuern aufgebracht werden. Die bestehenden Klassen sträuben sich im Verhältnis ihrer Leistungsfähigkeiten zu den Ausgaben herangezogen zu werden, die in ihrem Interesse gemacht worden sind. Die arbeitenden Klassen aber wehren sich mit Recht dagegen, daß die neuen Steuern wieder auf ihre Schultern gelegt werden sollen. Der Kampf um die neuen Steuersysteme ist also ein Klassenkampf, und je nach dem größeren oder geringeren Einfluß, den die einzelnen Klassen auf die Gesetzgebung ausüben vermögen, wird die Steuerform gestaltet werden. In den Steuersystemen drückt sich deshalb auch der politische und allgemeine kulturelle Zustand eines Landes aus. Die ungerechtesten Steuern finden wir in den absolutistischen Staaten. Die Steuerpläne war in der Türkei nicht die geringste der Ursachen, die zum Sturze des Absolutismus führten, und in dem absolutistischen Rußland kommen 7,14 Mrd. indirekte auf 1 Mrd. direkte Steuern, während in dem demokratischen England, dessen Steuererhebung die demokratische Grundlage des Staatswesens und den Einfluß der weniger bemittelten Klassen deutlich erkennen läßt, das Verhältnis der indirekten Steuern zu den direkten nur wie 1,41 zu 1 ist. Schon aus dieser einfachen Tatsache ergibt sich, daß die Steuererhebung eine gerechtere wird, wenn das Volk einen entsprechenden Einfluß auf die Gestaltung der Steuersysteme hat.

Die Steuerverhältnisse in England und Frankreich werden am besten zum Vergleich mit Deutschland herangezogen. Es ist deshalb von Wichtigkeit, die Steuersysteme in diesen beiden Ländern zu kennen.

Nach einer sehr interessanten Zusammenstellung der Steuersysteme aller Länder von dem Oberfinanzrat Dr. Schwarz hat England neben einigen unbedeutenden Steuern und Ausnahmesteuern vier Hauptformen von direkten Steuern: 1. die allgemeine Vermögens- und Einkommensteuer, deren Ertrag im Etat des Jahres 1908 mit 678,2 Millionen Mark angelegt war. Alle Einkommen bis zu 150 Pfund Sterling (8000 M.) sind zurzeit steuerfrei, bei Einkommen von 150 bis 500 Pfund sind die ersten 150 Pfund, von 500 bis 600 die ersten 120 und von 600 bis 700 Pfund die ersten 70 Pfund Sterling steuerfrei. Die Höhe der Steuer wird alljährlich festgesetzt (sonst jedoch Penny auf das Pfund Sterling), sie läßt sich also ganz nach dem Steuerbedarf einrichten. 2. die Landsteuer. Diese ist eine Liegenschaftsteuer, ablosbar und deshalb in steter Verringerung begriffen. Ihr Ertrag für das Jahr 1908 wurde auf 14,2 Millionen Mark geschätzt. 3. die Gebäudesteuer. Sie ist eine Art Mietersteuer, wird aber nur von Häusern über 20 Pfund Sterling Mietertrag erhoben, und da in England das Einfamilienhaus fast allgemein ist, wird von ihr nur 1/6 aller Häuser betroffen. 4. die Erbschaftsteuer. Diese bringt rund 400 Millionen Mark jährlich ein (1908: 397,6 Millionen) und setzt sich aus drei Sondergruppen zusammen. In indirekten Steuern kommen im englischen Steuersystem in Betracht die Zölle, die Verbrauchssteuern und die Körperschaftsteuern. Die Zölle sind keine Schutzzölle, sondern reine Finanzzölle und waren im Jahre 1908 mit 595,7 Millionen Mark Ertrag im Etat eingestellt. Gegenwärtig gibt es in England, wenn man vom Spielartenzoll (3 Schilling 9 Penny für 1 Tugend Spiel) abseht, nur noch sieben zollpflichtige Gruppen von Gegenständen: Tabak und Tabakfabrikate, Tee, Kaffee, Schokolade und Kakao, Alkohol und alkoholhaltige Gegenstände, Zucker, Saccharin und zuckerhaltige Sachen, Meise, getrocknete Früchte und Vögel. Außer Zucker werden notwendige Lebensmittel nicht verzollt. Der im Transitzoll vorübergehend eingeführte Getreidezoll ist längst wieder aufgehoben. Von den Verbrauchssteuern brachte die Biersteuer im letzten Jahre 267,6 Millionen Mark und die Brandweinsteuer 361,2 Millionen Mark. Neben diesen großen Verbrauchssteuern sind noch die im Kriege 1901 eingeführten Traubensteuer (2,4 Mill.) und die Saccharinsteuer (276 000 M.) zu erwähnen. Zu den Abgaben wird in England auch die Eisenbahnfahrkartensteuer gezählt, die 7 Millionen Mark jährlich einbringt. Als Verkehrssteuern werden die Stempelabgaben bezeichnet, die im Jahre 1908 insgesamt mit 164,8 Millionen Mark im Etat eingestellt waren und von Kreditpapieren, Giffellen usw. als Wertstempel, oder als Quittungssteuer erhoben werden.

Entsprechend den kleinstädtischen und kleinstädtischen Verhältnissen hat Frankreich noch sehr rückständige Steuersysteme. In direkten Steuern werden hier noch die sogenannten 4 bzw. 5 „alten“ Steuern erhoben, die

Grundsteuer, die Personal-Mobiliarsteuer, die Tür- und Fenstersteuer und die Gewerbe-(Patent-)steuer. Diese Steuern betreffen die „alten“ Steuern, weil sie noch aus der Zeit der Revolution und Napoleons I. stammen. So beruht die 76 Millionen Mark einbringende Grundsteuer auf den Gesetzen von 1790, 1807 und 1821. Sie ist natürlich öfters revidiert worden. Die Steuer beträgt gegenwärtig noch etwa 4 Prozent vom Reinertrag des Grundeigentums, die untersten Quoten, bis 10 Frank, werden nicht erhoben. Die Personal-Mobiliarsteuer bringt 84 Millionen Mark ein, sie besteht einmal aus einer Kopfsteuer und einer Mobiliarsteuer, welche nach dem Mietwert der zum Wohnen benutzten Häuser erhoben wird. Die Tür- und Fenstersteuer, die bald als eine Ergänzung der vorgenannten, bald als eine Ergänzung der Gebäudesteuer gilt, wird vom Eigentümer erhoben, der sie im Mietpreise auf den Mieter abwälzt. Sie bringt etwa 55 Millionen Mark jährlich ein. Die eigentümlichste Steuer Frankreichs ist die Gewerbe-(Patent-)steuer (Ertrag: 116,6 Millionen Mark), welche die Gewerbe nach äußeren Merkmalen der Ertragsfähigkeit besteuert und im letzten Grunde noch auf dem Gesetz vom 22. Oktober 1798 beruht. Sie trifft nicht nur die gewerblichen Unternehmen, sondern auch die sogenannten „liberalen“ Berufe, wie Ärzte, Rechtsanwälte usw. Eine 1872 eingeführte direkte Steuer ist ferner die Kapitalrentensteuer mit einem Ertrag von 74 Millionen Mark. Sodann hat Frankreich noch kleinere Steuergesetze, wie Vergewerkssteuer (8,3 Millionen), die Steuer von der toten Hand (10 Millionen), Wehrsteuer (2 Millionen), Stempelsteuer (80 Millionen) und Grundsteuer, die 20 Millionen Mark einbringt. Auch die Erbschaftsteuer, die im Jahre 1908 auf 192 Millionen Mark Ertrag veranschlagt war, gehört zu den direkten Steuern. So zahlreich wie die direkten sind in Frankreich auch die indirekten Steuern. Frankreich hat Schutzzölle und Finanzzölle, eine Salzsteuer, Getränkesteuer auf Wein (60,9 Millionen), eine Branntweinsteuer (277,8 Millionen), eine Biersteuer (11,8 Millionen), Ackersteuer (126 Millionen), ein Tabakmonopol (300 Millionen), Streichholzmonopol (31 Millionen), Pulver- und Salpetermineralien (15 Millionen), eine Wölfe- und Stempelsteuer (180 Millionen) und das sogenannte Erregiment, eine Steuer, die auf Ertragung von Urkunden und Erklärungen über Eigentumswechsel in öffentliche Register beruht und im letzten Jahre auf 295,9 Millionen Mark Ertrag geschätzt wurde.

Vor allem zeigt sich hieraus, daß jedenfalls England eine weit gerechtere Steuerverteilung besitzt als Deutschland. In England zahlen die Arbeiter keine direkten Staatssteuern, Zölle oder Steuern auf notwendige Lebensmittel gibt es daselbst nicht, die Steuern auf Genussmittel, auf Tabak, Tee, Kaffee, Wein, Bier und Branntwein sind die einzigen Steuern, die auch die Arbeiter treffen. Deshalb sind die indirekten Steuern Englands gar nicht mit denen Deutschlands zu vergleichen. Die besitzenden Klassen Englands werden aber ganz anders zu den Lasten des Landes herangezogen, als dies in Deutschland der Fall ist. Hieraus ist eben der große Einfluß der Arbeiter und Mittelschichten auf die Steuererhebung deutlich zu erkennen.

Dagegen zeigen die Steuersysteme Frankreichs dieselbe geringe Entwicklung wie seine ganzen inneren wirtschaftlichen Verhältnisse. Frankreich ist ein sehr reiches und ungleichmäßig fruchtbares Land, mit stark kleinstädtischen und kleinstädtischen Verhältnissen; die Einkommen sind wesentlich höher, die Lebensmittel viel billiger als in Deutschland. Die Entwicklung der Steuererhebung bewegt sich in Frankreich in jüngster Zeit aber auch immer mehr zu direkten Steuern hin, ganz entsprechend dem zunehmenden Einfluß der Arbeiter auf die Gesetzgebung. So wird Frankreich nun auch eine direkte Einkommensteuer erhalten. In Deutschland aber sollen alle neuen Reichsteuern immer wieder nach indirekten Steuererhebungen erhoben, also auf die ärmere Bevölkerung abgewälzt werden. Und dies wird so lange dauern, als es den besitzenden Klassen gelingt, das Volk bei den Wahlen zu betören — wie es bei der letzten Reichstagswahl der Fall war. Andererseits wird die Durchführung der neuen Steuerprojekte, die zu Verhinderungen der Arbeiterklassen treffen und weite Erwerbskreise schwer schädigen, in hohem Maße dazu beitragen, die deutsche Bevölkerung über die verdrängende Volksfeindlichkeit der jetzigen „nationalen“ Reichstagsmehrheit gehörig aufzuklären!

Wilhelm II. und der Krieg in der Gegenwart.

Der Kaiser, dem vor einigen Wochen von der konservativen Partei und dem Reichstankler größere Zurückhaltung empfohlen worden war, beginnt schon wieder die öffentliche Meinung sehr lebhaft zu beschäftigen. Am 2. Januar hat er, wie schon gemeldet wurde, im Kreise seiner Generale eine Rede gehalten, die sich in der Hauptsache mit rein militärischen Fragen beschäftigte, aber auch politische Anspielungen enthielt. Der Kaiser sprach über die Krise des persönlichen Regiments, versicherte, daß er immer seinem Lande zu nützen gelaube und appellierte an das Vertrauen der Armeen. Dann gab er „einem der hervorragendsten Soldaten der deutschen Armee das Wort“, indem er einen langen Weisheit

verlaß, den der ehemalige Chef des Generalstabs, Graf Schlieffen, in der neuesten Nummer der Deutschen Revue anonym veröffentlicht hatte und der die Überschrift trägt: „Der Krieg in der Gegenwart.“

Mit diesem Artikel, der sich vom militärischen Standpunkt aus mit Fragen der auswärtigen wie der inneren Politik beschäftigt, erklärte sich der Kaiser einverstanden. Was er geendet hatte, spielte sich der bereits erwähnte merkwürdige Vorgang ab. Der rangälteste General, Herr v. Dahnke, trat vor und berichtete den hohen Heerern über den unerschütterlichen Vertrauen und der unwandelbaren Treue der Armee.

Von konservativer und offizieller Seite wird sicher gesagt werden, der Kaiser habe die ihm vorgezeichneten Schranken der Zurückhaltung nicht überschritten, es handle sich um einen rein militärischen Vorgang, der Verlehr des obersten Kriegsherrn mit seinen Generalen unterliege nicht der öffentlichen Kontrolle. Das läßt sich hören, wenn sich die illustre Versammlung vom 2. Januar darauf beschränkt hätte, rein militärische Fragen zu erörtern. Das war aber, wie gesagt, keineswegs der Fall. Wenn der Kaiser mit seinen Generalen eine Verhandlung sucht über Fragen derart, welche Stellung Deutschland unter den Mächten Europas einnimmt, und was die eigentliche Bedeutung der Öffentlichkeit im Daily Telegraph gewesen sei, so ist das zweifellos ein hochpolitischer Vorgang, dessen Besprechung in die Öffentlichkeit gehört, und für den in einem wirklichen Verfassungsverfahren die Regierung die volle Verantwortung tragen würde. Wenn nun gar der Kaiser für seine Ausführungen den bewundernden Beifall seiner Generale erntet, und in aller Öffentlichkeit eine solenne Vertrauenskundgebung veranstaltet wird, so braucht nicht erst ausführlich ausgemalt werden, welche politische Konsequenzen folgen ein solcher Vorgang haben kann. Ein Monarch, der der Überzeugung lebt, daß sein Kurs der allein richtige ist, und der sich des Vertrauens der Armee, vertreten durch ihre Heerführer, unbedroht sicher fühlt, wird genötigt sein, die Macht der öffentlichen Meinung, der Volkvertretung und schon gar des Reichstages, den er nach Verleihen davonjagen kann, recht gering einzuschätzen. Es fehlt in der Geschichte nicht an Beispielen, daß eine Prätorianerpolitik den Völkern zu schwerem Unheil gereicht und zu mancher schmerzlichen Katastrophe geführt hat.

Zunächst ist der Artikel des Generalobersten Grafen Schlieffen, der bis dahin ein wenig beachtetes anonymes Dasein geführt hat, in den Mittelpunkt des politischen Interesses gerückt. Dieser Artikel, der des Kaisers vollen Beifall findet, schildert die Lage Deutschlands als höchst bedrohlich, er sieht das Reich rings von Feinden, sogar „unversöhnlichen Feinden“ umgeben. Deutschland und Oesterreich sind „heute auf allen Seiten von einem Festungsgürtel umringt“. Zu diesen Feinden sind auch, trotz der gegenteiligen Beteuerungen Bismarck und Javolskis, Rußland, das sich jetzt auch noch „derjenigen Macht in die Arme wirft, die ihm am meisten schaden kann“ (England), und Italien, das „die Fremden verdrängen will“ (Oesterreich). Die Gefahr, daß sich alle diese Mächte zu einem gemeinschaftlichen Angriff auf Deutschland und seinen einzigen Bundesgenossen vereinen könnten, erscheint dem Grafen Schlieffen und mit ihm Wilhelm II. „riesengroß“, und durch die Vorgänge auf dem Balkan sei für „die Feinde ringsum“ die Lage nur noch günstiger geworden. Zudem sei es „durchaus zweifelhaft“, ob die „Koalition“ (Frankreich, England, Rußland, Italien, Türkei, Serbien, Montenegro) zu bewaffneten Taten übergehen werde; denn ihre Stellung sei so vorteilhaft, daß sie „allein durch ihr Vorhandensein eine beständige Drohung bilde“, und außerdem stehe „dem gewaltigen Vormarsch“ die „bange Frage“ entgegen, ob sich denn auch die andern Verbündeten zur rechten Zeit einfinden werden.

Diesen höchst un diplomatischen Ausführungen folgt dann eine kleine Rüpanwendung auf die innere Politik. Die Verhältnisse, denen nur der rechte Mut fehlt, suchen die beiden verbündeten Staaten durch inneren Zwiespalt zu schwächen, und so wird der österreichische Nationalitätenhaber groteskweise auf ausländische Umtriebe zurückgeführt. Dann aber heißt es wortlos:

Wie in Deutschland der gleiche Zwiespalt mit einem kurzen Zeitungsdarttel, mit hinterlistig zusammengestellten verächtlichen Anklagen zu erreichen ist, hat sich erst kürzlich gezeigt.

Der Generaloberst Graf Schlieffen ist also der Meinung, daß Wilhelm II. in der Daily-Telegraph-Affäre als Schachfigur einer deutschen feindlichen Intrige verwendet worden ist, und daß dann alle, die den Kaiser deshalb mit „hinterlistig zusammengestellten und verächtlichen Anklagen“ angriffen, gleichfalls dem Interesse der feindlichen Koalition gedient hätten.

Und der Kaiser liest diesen Artikel vor und lobt ihn! Würde die Regierung Bismarck die zurzeit keine neue „Affäre“ brauchen kann, nicht geheime, aber darum desto wirksamere Gegenmaßnahmen ergreifen, so ständen wie morgen schon vor einer neuen. Am besten kommt noch Frankreich fort. England aber, dessen König Anfang Februar in Berlin erwartet wird, spielt in dem Artikel Schlieffens eine höchst schädliche Rolle. Rußland und Italien haben allen Grund, sich gegen eine Darstellung zu wehren, die sie ohne weiteres zu den Feinden Deutschlands wirft. Und schließlich hätten die deutsche Presse und der deutsche Reichstag wohl auch ein Recht, sich gegen den Vorwurf der Hinterlist, der gegen sie erhoben wird, in einigen deutlichen Worten zu vernehmen.

Der Kaiser hat übersehen, daß es zweifelhaft ist, ob ein General a. D. einen anonymen Artikel schreibt, oder ob er selbst

hlen
Frei Redu
ts
10.—
loset
del
er Str. 1
vom 1. 19
1909.
er
Bräu
er
Flaschen
en
5
Nüch.
urten
Photograph
1.80 M
ographien
M. an.
Nüch
he 12.
edewannen
id und groß
nur 9 M.
itzwannen
nur 6 M.
to Gralichen
Schiff
Strache 14
ente
groben Katal
nungschreiben
stärkste an
is Best. 1. 1909

diesen Artikel seinen Generalen vorliest und zur Beachtung empfiehlt. Aber es ist für den gegenwärtigen Stand der Kollisionsfrage vielleicht ein bedeutenderes Zeichen, wenn die Welt die neuesten politischen Meinungsäußerungen des Kaisers mit unschütterlicher Ruhe aufnimmt, als wenn sich gegen sie ein neuer Sturm erheben würde!

Eine neue Kriegsgefahr.

Von unserem Korrespondenten.

Wien, den 6. Januar.

Die Serbenthatliche Politik fällt allgemach ins Komische. Was soll der diplomatische Schritt, den er durch den Gesandten Bergach in Belgrad hat unternehmen lassen. Herr Milanowitsch, den Minister des Auswärtigen von Serbien, wegen einer rechnerischen Entgleisung zurechtweisen? Belagter Herr kämpft am Sonnabend um sein Fortleben, da werden die letzten Minister zu Hymnen. Die Parteien der Hauptstadt, die seit Wochen einen schandlichen Spektakel nach dem andern auf den Gassen Belgrads aufzuführen brauchen starke Worte, noch härtere jetzt, wo es gilt, die starke Abkühlung nach der Rede Jowitsch's weitzumachen.

Es war auch ohne Prophezei voranzuschreiten, daß die Serben die Anfrage mit Ueberzeugung abgelehnt hätten. Slavische Philologie stellt sich richtig zwischen die Fässer. Was heißt „korobiti“. Herr Milanowitsch sagt „unterwerfen“, die Uebersetzung „Defekt“ hat die Serben in Bosnien zu Skandalen gemacht. Und nun könnte Herr Bergach schon mit langer Rede abgehen. Doch Milanowitsch ist ein Scherztreiber und zieht es vor, den Gesandten die griechischen Priester über die lustige Rolle des Tupteris mitzuteilen zu lassen. Er wird den authentischen Text erst nach einigen Tagen beschaffen. Welchen authentischen Text? Das gedruckte Protokoll der Stupitschinasprechung, das doch nur enthält, was man nachträglich hineinschreibt? Das gedruckte Stenogramm war aber schon gestern zu beschaffen. Wonach warnt Herr Bergach?

Es scheint, daß Wiener Kabinett in die Besetzung vor seiner eigenen Torheit stehen gelassen. Offenbar hatte es nach der Stupitschinasprache nur ein zu tun: sie zu ignorieren. So hatte man wieder die Trochiren des Kronprinzen und alle Demonstration, ob offizielle Persönlichkeiten daran beteiligt waren oder nicht, einfach übersehen, und war gut dabei beraten. Denn Serbien müßte sich offenbar selbst nicht mit dem Maß anderer Staaten, also soll man mit tun, als ob Belgrad Berlin oder Paris wäre. Nur muß man dann auch konsequent bleiben. Gut auch der Kronprinz nicht betheiligen können, kann's auch der Minister nicht. Das plötzliche Umloggen zur entgegengesetzten Seite muß zu Klagen führen. Man greift aus einer Debatte, die nur aus Angriffen auf Österreich-Ungarn bestand, einen einzigen heraus, wird mit Interpretationsfragen zurückgedrängt; und hat damit indirekt zugegeben, daß man wegen des übrigen, welches weit wichtiger war, keinen Einwand zu erheben das Recht habe.

Die Stupitschinasprache hat mit allen gegen die Stimme des Sozialdemokraten die Autonomie Bosniens zu fordern beschlossen. Das bedeutet, wenn es ernst gemeint ist, die Lösung des Krieges. Tragt Achtung! den Serben zu, den Wahnsinn ihrer Worte zur Klarheit der Taten zu sichern, so können Warnungen nicht fruchten; denn hat jeder die Belagerung Jowitsch's für die Serben das Schwert zu ziehen, die Gemüter nicht abgekühlt, so werden es diplomatische Manöver erst recht nicht vermögen. Denn er, der Serbe, will die Stupitschinasprache mit ihrer Klarheit für eine Lösung verstanden haben, die, ohne das Schwert zu ziehen, unmöglich ist. Sie befürchten bei einem Rückzug die Popularität zu verlieren. Und Serbien hat es schwer ihnen den Rücken zu kehren, indem er sie vor der Leichtigkeit an ihren Worten anregt. So wird die Bedenkenlosigkeit der serbischen Rednerinnen noch durch die läppisch benehrenden Ungeheuerlichkeiten des Wiener Kabinetts erhöht, und bestimmter denn je bilden die Völker Österreichs in die Zukunft.

Deutsches Reich.

Die Reichstagsgebäude

des Kaisers Angelo Jani, deren mittlerer Teil durch die Darstellung einer in den Staub gelenkten französischen Fahne in Frankreich durchwegs begriffliche Umständlichkeiten weist, sind jetzt endlich aus dem Spinnwebhaas entfernt worden. Ihre Entfernung beruht auf einem Beschluß des Senatskonvents, doch ist auch im Plenum von ihnen die Rede gewesen. In der Sitzung vom 5. Dezember schiederte Herr Schindemann in seiner Rede die Verdienste, die die französischen Soldaten als Retter ihrer deutschen Kameraden beim Brand der deutschen Gelehrtenbibliothek in Paris vollbracht hatten, und sehr dann wörtlich fort: Das wäre einmal ein Reich für ein laßendes Bild zur Verhöhnung der Völker, dazustellen, wie die deutschen Arbeiter den Franzosen und wie die französischen Arbeiter den Deutschen zu Hilfe gerufen sind.

Das stenographische Protokoll verzeichnet den folgenden Zusatz des Senatskonvents: An Stelle der französischen Fahne da oben.

Dieser Vorgang beweist, daß für die sozialdemokratische Fraktion bei ihrer Willkür über die Bilder ausschließlich Gründe der internationalen Politik maßgebend waren. Hinter diesen mußte die Frage nach dem Kunstwert der Bilder zurücktreten.

Der Fleischverbrauch in Deutschland.

Das Reichs-Gründungsamt hat jeden den ausführlichen Bericht über die Ergebnisse der Schlachttier- und Fleischschlachtungen im Deutschen Reich für das Jahr 1906 veröffentlicht. Der erste Teil des Berichts enthält eine Berechnung des Fleischverbrauchs in Deutschland, der zum ersten Male eine auf amtliches statistisches Material gestützte Berechnung des Durchschnittsgewichtes geschlachteter Tiere zugrunde liegt. Das Gründungsamt hat nach Anwendung verschiedener Methoden, bei denen die Ergebnisse nur wenig voneinander abweichen, als Durchschnittsgewichte für die einzelnen Schlachttiergattungen errechnet: für Ochsen 330 Kilogramm, für Bullen 310 Kilogramm, für Kühe 240 Kilogramm, für Jungvinder 185 Kilogramm, für Kälber 90 Kilogramm, für Schweine, ausschließlich Sponferkel, 85 Kilogramm, für Schafe 22 Kilogramm, für Ziegen 16 Kilogramm. An der Hand dieser und der sonstigen von der Statistik gelieferten Zahlen ist der Fleischverbrauch, der aus den Kopf der deutschen Bevölkerung entfällt, ermittelt worden

im Jahre 1904 auf 62,05 Kilogramm
1905 - 51,39
1906 - 50,29
1907 - 62,29

Gegen diese amtlichen Feststellungen sei daran erinnert, daß die Berechnung des Durchschnittsverbrauchs pro Kopf der Bevölkerung natürlich durchaus nicht für die Höhe des Fleischkonsums in Arbeiterkreisen beweist.

Ueber das Plakats der Fahrkartensteuer

äußert sich die Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen in ihrem Jahresbericht folgendermaßen: Der Personenverkehr lieferte im letzten Jahre zwar wieder Mehreinnahmen auch in den Gebieten, in denen mit der Reform von 1906 die 2. Klasse eingerichtet war, aber die Eisenbahnverwaltungen wurden sich der Tatsache, daß eine sehr starke Abwanderung aus allen oberen Klassen in die nächstniederen stattgefunden habe, mehr und mehr bewußt. Da diese Abwanderung überall wahrnehmbar ist, muß sie doch wohl zu einem nicht geringen Teil der Fahrkartensteuer und ihren oft erörterten Mängeln zur Last gelegt werden; denn hier (in Norddeutschland) hat die Personenreform selbst nur zu dem nicht so sehr ins Gewicht fallenden Abwanderung aus der ersten Klasse Anlaß. Bekanntlich soll die Fahrkartensteuer nach den Reformvorschlügen der Reichsregierung aufgehoben werden, und die Eisenbahnen würden es gewiß sehr begrüßen, wenn sie von dieser ihnen aufgewungenen, höchst unlieblichen Steuer befreit werden. Sollte bei dem großen Uebelstand, dem die genannten Reformvorschlüge leider (!) in allen ihren Einzelheiten begegnen, die 2. Klasse, die die Fahrkartensteuer wohl schwer drückt, vom Reich schließlich doch nicht entbehrlich werden können, so wird jedenfalls wenigstens eine Reform der Steuer eintreten, die ihre offensichtlichen schweren Mängel beseitigt.

Der fromme Wunsch, die aufgewungenen höchst unlieblichen Steuer durch eine Reform lieblicher zu gestalten, scheint darauf hinzuweisen, man möge auch den „Luzus“ des Reisens in der dritten Wagenklasse beschränken.

Die deutsche Regierung für die Gas- und Elektrizitätssteuer.

In der zweiten Session des Reichstages richteten Abgeordnete von Reich und Provinz eine Anfrage an die Regierung wegen ihrer Stellungnahme zur Gas- und Elektrizitätssteuer im Bundesrat. Staatsminister Ewald antwortete, obgleich die Absicht, die Produktionsmittel einseitig mit einer Steuer zu belegen, grundsätzlich bedenklich erscheine, so habe doch das unabweisbare Bedürfnis des Reichs nach Erschließung neuer Steuerquellen und der völlige Mangel an geeigneten Einnahmen die Regierung genötigt, den Vorschlag einer Gas- und Elektrizitätssteuer nicht von der Hand zu weisen. Inzwischen dieser Steuer spreche ferner die verhältnismäßig niedrige Belastung des einzelnen, für die sich wieder ein Ausgleich finden lasse. Besonders wäre zu berücksichtigen, daß von den vorgeschlagenen Verbrauchssteuern die hier in Rede stehende am meisten die Ertragskraft der Bevölkerung zu steigern und zur Befreiung der Wirtschaften beitragen würde. Schließlich müßte in Betracht gezogen werden, daß bei dieser Steuer im Gegensatz zur Einkommensteuer besondere Interessen des Großherzogtums nicht in Frage kämen. Deshalb habe die Regierung im Bundesrat für den Entwurf einer Gas- und Elektrizitätssteuer gestimmt.

So verteidigt man eine schlechte Sache mit schlechten Argumenten.

Falsche Wahlprüfungsrichtlinien.

Am Dienstag abend wurde gemeldet, daß die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages das Mandat des Abg. Kappenberg unzulässig erklärt hätte. Mittwoch abend tauchte die Meldung auf, daß auch das Mandat des Abg. Pöhl-Strasburg für unzulässig erklärt worden sei.

Beide Mitteilungen beruhen auf grobem Schwindel; denn die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages hat seit dem Beginn der Wahlprüfungen überhaupt keine Sitzung gehalten. Die Akten über die Wahl des Abg. Pöhl sind überdies noch gar nicht aus Strasburg eingegangen.

Keine Maßregelung.

Die die Abweichlich-Verhältnisse betreffende Stellung feststellt, ist der Oberbaurat Meißner in Offen wegen seines Verhaltens bei der Stadtverordnetenwahl nicht gemahndet worden. Er habe vielmehr sein Entlassungsgesuch bereits im Herbst d. J. eingereicht.

Die Robelle zum Reichsbankgesetz wird nach einer Meldung der Böhmischen Zeitung in den nächsten Tagen in den Bundesratsausschüssen und dann im Plenum des Bundesrats beraten werden. Wenn sie im Reichstag eingebracht wird, steht noch nicht sicher fest. Die Verabschiedung des Entwurfs in dieser Session ist jedoch möglich, weil über die Verlängerung des Bankgesetzes bis 1908 Beschluß gefaßt sein muß. Die Robelle erfolgt den Zweck, die Vermittel und die Widerstandskraft der Reichsbank nachhaltig zu stärken, um ungünstigen Folgen von Krisen vorzubeugen.

Wort 11 der Nachforschungen. Vor der Strafkammer in Weimar begann am Mittwoch unter ungeheuren Andränge des Publikums der Prozeß gegen den Schriftsteller Dr. jur. Wernsdorff, der in einer Prozedur „Wort 11 der Nachforschungen“ ein deutsches Kleinbahnnetz-Plan und dem Schatz des Oedens der Menschheit, die gesamte weltweite Kultur zerstört haben soll, dadurch, daß er in marxistische Weltanschauung verfiel.

Wernsdorff lehnte sämtliche Richter ab, besaßen ab. Der Gerichtshof erklärte sich jedoch für unbeschäftigt. Es sind zahlreiche Bezeugen geladen.

Auf dem Kriegsschauplatz gegen den Simplicissimus. Die Hamburger Polizeibehörde hat den Zeitungshändlern auf der Straße das Heften und den Verkauf des Simplicissimus unter Androhung der Konfiskation untersagt.

So macht Hamburgs Hochwohlgeborene Kasse für den Simplicissimus.

§ 175. Der Hauptmann und Kompagnieführer im 81. Infanterieregiment Kallotz v. Trzebiatowski ist ohne Urlaub von Frankfurt a. M. abwesend. Durch das Kriegsgericht der 21. Division finden umfangreiche Vernehmungen von Unteroffizieren und Mannschaften statt, die sich in der Richtung des § 175 bewegen.

Deutsche Negersoldaten als Freibeuter.

Dem Leipziger Tagebl. geht aus Handelskreisen eine Mitteilung zu, die geeignet ist, Aufsehen zu erregen. Danach haben Negerkrieger in Süd-Kamerun von den Hauptlingen Elefantenzähne und Gummi entnommen, bei welcher Gelegenheit sie einen der Hauptlinge schwer mißhandelten, ihm Pfeffer in die Wunden streuten, so daß er starb. Einem anderen Hauptling schlugen sie ein Ohr ab und stießen ihm ein Auge aus. Die Täter sind zwar verhaftet worden, sie wurden dann aber wieder freigelassen; sie hatten den Auftrag erhalten, die Eingeborenen an der Elefantenzagd zu verhindern.

Ob es bei diesen einzelnen Fällen von Ausschreitungen geblieben ist, steht nicht fest; jedenfalls aber wird im Reichstag über diesen Vorfall Auskunft verlangt werden müssen. Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß der aldenische Schriftsteller Dr. Stamassa vor einiger Zeit in Ostafrika einen Eingeborenen erschossen hat — angeblich aus Versehen. Dr. Stamassa ist unter-

dessen nach Berlin zurückgekehrt. Bis jetzt ist aber nichts geschehen, ihn wegen Tötung eines Menschen zur Verantwortung zu ziehen.

Seine politische Nachrichten. Aus Orien (Schweiz) wird vom Mittwoch gemeldet: Eine vom Initiativkomitee zur Abwehr der deutschen Forderung einberufene Versammlung zählte 72 Schweizerische Müller. Es wurde beschlossen, über deutsches Getreide und deutsche Milchprodukte den Kontext zu verhängen. Solange die Schweizerkontrollen unwirksam bleiben, so soll das gewählte der Schweizerkontrollen unterbreiten, um den Kontext auch auf Initiativkomitee Vorschläge auszudehnen. — Nach Mitteilung des belgischen Generalkonsuls von Guatemala ist die aus Neuorleans von Guatemala und Nicaragua bei Amapala gegen Nicaragua zusammengezogen worden seien, angukessend.

Ausland.

Frankreich.

Der Kampf um die Todesstrafe.

Paris, 6. Januar. Der heutige Ministerrat beschäftigte sich eingehend mit dem Kammerentwurf über die Aufrechterhaltung der Todesstrafe. Trotz gegenseitiger Behauptungen ist eine vollständige Einigung der Minister in dieser Frage erzielt worden. Der Kabinettschef Clemenceau war bisher ein eifriger Befürworter der Abschaffung der Todesstrafe. Er hat die Erklärung abgegeben, daß das Kammerentwurf nicht beizubehalten wäre. Der Justizminister hingegen war der Ansicht, daß die öffentliche Meinung in dieser Frage Verungung erhalten müsse. Der Präsident der Republik erklärte sich mit der letzten Auffassung einverstanden. Man muß nicht auf eine Reihe von Vollstreckungen der Todesstrafe für die nächsten Tage gefaßt sein, da 28 zum Tode Verurteilte im Gefängnis warten.

Russland.

Russische Wirtschaft.

Petersburg, 6. Januar. (S. I.) Die beabsichtigte Senatorenrevision in Petersburg soll gewaltigen Umfang annehmen und von drei Senatoren-Kommissionen ausgeführt werden. Die erste Kommission wird die Stadterhaltung revidieren, in der die strengsten Maßnahmen, Bestechlichkeit und Unterschlagungen jeder Art herrschen. Die zweite Kommission hat die Revision der staatlichen Behörden, vor allem der Polizei zu übernehmen, welcher die Revision ebenso zuträglich wie der von Moskau werden dürfte. Die Arbeit der dritten Kommission wird die Banken und großen Handelshäuser umfassen. Die Regierung glaubt, daß namentlich im Bankwesen dabei manche Ueberrassungen zutage kommen dürften, mit denen sich die Reichsbank zu beschäftigen haben würde. Zum Vorsitzenden dieser Kommission ist der Senator Bogal ernannt worden, der als Spezialist auf dem Gebiete des Bankwesens bekannt ist. Die Ernennung der beiden übrigen Kommissionen wird nach russischer Neujahr. Den drei Kommissionen werden sehr große Vollmachten gegeben werden. Die Revisionen sollen nach Verlauf von drei Monaten beendet werden. Wegen der Vornahme dieser Revisionen hat das Kabinettsministerium beschlossen, die zum russischen Neujahr geplante Veröffentlichung einer Erklärung der Regierung über die innere Politik auf einige Zeit zu verschieben.

Petersburg, 6. Januar. Die Revision der Petersburger Polizei durch den Senator Salomachowski wurde empfindliche Rückschläge auf. Der Kanzler des Stadthauptmanns Staatsrat Mikolow und 15 andere Beamte wurden sofort entlassen und werden vor Gericht gestellt werden. In Wilna wurde eine Bande festgenommen, die mit Eisenbahnarbeiten einen schrecklichen Handel trieb und auf allen Stationen der Südwestbahn Mitglieder hatte. Der Staat ist um viele Millionen geschädigt worden.

Marokko.

Die Anerkennung Muley Hafids.

Madrid, 6. Januar. In der gestern vom Dogen des diplomatischen Korps in Tanger dem Delegierten des Sultans Muley Hafid überreichten Note wird zunächst der Empfang des Schreibens des Sultans an die Regierungen der Signatarmächte von Algerien auf das Kommunique vom 18. November befragt. Die Regierungen der in Marokko vertretenen Länder, heißt es in der Note weiter, haben mit Genugthuung diese Antwort entgegengenommen, da sie darin einen Beweis sehen, daß die Ausführungen der Note vom 18. November im Interesse der Regierungen der Freundschaft und des Vertrauens, die sie mit der souveränen Macht des scharifischen Reiches zu unterhalten wünschen, den Anschauungen Muley Hafids entsprechen. Infolgedessen beschließen die Signatarmächte der Algeriensakte, Muley Hafid als den rechtmäßigen Sultans von Marokko anzuerkennen, und beauftragten den Dogen des diplomatischen Korps in Tanger, diese Anerkennung dem Vertreter des Sultans in dieser Stadt zur Kenntnis zu bringen.

Perthien.

Die Kämpfe in Japan.

London, 6. Januar. (S. I.) Depeschen aus Teheran belagern, daß Japan in vollem Aufbruch ist. Die Lage ist sehr ernst. Es herrscht vollständige Anarchie. Soldaten haben die Hauptkammern zerstört und Solas geplündert. Der Gouverneur und andere Beamte haben im britischen Konsulat, verschiedenes herangezogenes Güter im russischen Konsulat Untersucht gesucht. Der Ursprung der Unruhen ist nach einer Teheraner Times-Nachricht folgender: Nach dem Bombardement des Abdolkhalik im vorigen Sommer ernannte der Schah Jibabel-Daulsch, ein notorischer Mitglied der Soziale, zum Gouverneur von Japan mit der Vollmacht, gegen die Unruhen energisch einzuschreiten. Der Gouverneur brach Ende Juli mit zwei Regimentern nach Japan auf, die aus dem ganzen Wege dorthin via Indes und von der Bevölkerung 500 000 M. erbrachten. Die mehr das Volk warnte, befohlen wurden die Soldaten des Gouverneurs erweitert, bis fünfzig die Richter auf Befehl des Hauptes der Gerechtigkeit konstitutionelle Lehren predigten und empfahlen, der Regierung des Schahs die Steuerzahlung zu verweigern. Die Beamten wurden geschloffen und das Volk wandte sich an das britische Konsulat. Nachdem dort das Alpa verweigert wurde, strömte alles zum russischen Konsulat. Die übrigen luden Zustände in der Zentral-Asien. Am letzten Freitag erging der Befehl zum Bombardement der Moschee, und der Kampf begann am Sonnabend. Auf beiden Seiten gab es Tote; die Soldaten gaben aber den Kampf bald auf und widmeten sich eifrig dem Würfeln. Die Wahriaren, die jüngst eine Klage an den Schah schickten und für die Konstitution eintraten, ergreifen für die Bürger gegen den Gouverneur Partei. Dieser schickte, als er die Gefahr merkte, mit seinem ganzen Stab ins britische Konsulat. Die Zahl der Wahriaren wurde inzwischen erheblich. Sie stellten viele Soldaten und verfolgten die übrigen, die zum Teil zum Gouverneur ins britische Konsulat flüchteten. Der Befehl des Gouverneurs wurde gelindert und gänzlich zerfallen. Der Gouverneur des Schahs der Sohn des Wahriaren, wurde bis zur Ankunft seines Vaters gefangen, der an der Spitze von tausend Reitern auf Japan marschiert, zum Gouverneur aufzurufen.

Wie weiter aus Teheran gemeldet wird, haben die russische und die englische Gesandten bei der Regierung dringende Vorstellungen erhoben und dieselben für anerkannt für Leben und Eigentum ihrer Staatsangehörigen erklärt. Der Schah weigert sich, den Anführer der Wahriaren als Gouverneur von Japan anzuerkennen; er hat den bisherigen Minister des Innern durch Saad-Daulsch ersetzt.

London, 6. Januar. (S. I.) Die Kämpfe in Japan sind sehr ernst. Es herrscht vollständige Anarchie. Soldaten haben die Hauptkammern zerstört und Solas geplündert. Der Gouverneur und andere Beamte haben im britischen Konsulat, verschiedenes herangezogenes Güter im russischen Konsulat Untersucht gesucht. Der Ursprung der Unruhen ist nach einer Teheraner Times-Nachricht folgender: Nach dem Bombardement des Abdolkhalik im vorigen Sommer ernannte der Schah Jibabel-Daulsch, ein notorischer Mitglied der Soziale, zum Gouverneur von Japan mit der Vollmacht, gegen die Unruhen energisch einzuschreiten. Der Gouverneur brach Ende Juli mit zwei Regimentern nach Japan auf, die aus dem ganzen Wege dorthin via Indes und von der Bevölkerung 500 000 M. erbrachten. Die mehr das Volk warnte, befohlen wurden die Soldaten des Gouverneurs erweitert, bis fünfzig die Richter auf Befehl des Hauptes der Gerechtigkeit konstitutionelle Lehren predigten und empfahlen, der Regierung des Schahs die Steuerzahlung zu verweigern. Die Beamten wurden geschloffen und das Volk wandte sich an das britische Konsulat. Nachdem dort das Alpa verweigert wurde, strömte alles zum russischen Konsulat. Die übrigen luden Zustände in der Zentral-Asien. Am letzten Freitag erging der Befehl zum Bombardement der Moschee, und der Kampf begann am Sonnabend. Auf beiden Seiten gab es Tote; die Soldaten gaben aber den Kampf bald auf und widmeten sich eifrig dem Würfeln. Die Wahriaren, die jüngst eine Klage an den Schah schickten und für die Konstitution eintraten, ergreifen für die Bürger gegen den Gouverneur Partei. Dieser schickte, als er die Gefahr merkte, mit seinem ganzen Stab ins britische Konsulat. Die Zahl der Wahriaren wurde inzwischen erheblich. Sie stellten viele Soldaten und verfolgten die übrigen, die zum Teil zum Gouverneur ins britische Konsulat flüchteten. Der Befehl des Gouverneurs wurde gelindert und gänzlich zerfallen. Der Gouverneur des Schahs der Sohn des Wahriaren, wurde bis zur Ankunft seines Vaters gefangen, der an der Spitze von tausend Reitern auf Japan marschiert, zum Gouverneur aufzurufen.

Christi an der russischen Seite, diese amerikanischen politischen Verhältnisse zu beobachten. Die russische Regierung hat die Revision der Stadterhaltung revidieren, in der die strengsten Maßnahmen, Bestechlichkeit und Unterschlagungen jeder Art herrschen. Die zweite Kommission hat die Revision der staatlichen Behörden, vor allem der Polizei zu übernehmen, welcher die Revision ebenso zuträglich wie der von Moskau werden dürfte. Die Arbeit der dritten Kommission wird die Banken und großen Handelshäuser umfassen. Die Regierung glaubt, daß namentlich im Bankwesen dabei manche Ueberrassungen zutage kommen dürften, mit denen sich die Reichsbank zu beschäftigen haben würde. Zum Vorsitzenden dieser Kommission ist der Senator Bogal ernannt worden, der als Spezialist auf dem Gebiete des Bankwesens bekannt ist. Die Ernennung der beiden übrigen Kommissionen wird nach russischer Neujahr. Den drei Kommissionen werden sehr große Vollmachten gegeben werden. Die Revisionen sollen nach Verlauf von drei Monaten beendet werden. Wegen der Vornahme dieser Revisionen hat das Kabinettsministerium beschlossen, die zum russischen Neujahr geplante Veröffentlichung einer Erklärung der Regierung über die innere Politik auf einige Zeit zu verschieben.

Zur M...

In der Generalversammlung Prof. Dr. v. ...

Sanft dem ...

Die Kämpfe in Japan.

Die Anerkennung Muley Hafids.

Die Kämpfe in Japan.

China.

Trochende Reaktion.

London, 8. Januar. Die Verabschiebung Quanschi...

Es herrschen jetzt in Peking große Befürchtungen wegen der...

Amerika.

Das Wahlrecht gefährdet.

Christen K. u. v. ein russischer Bauer, hatte 1905 und 1906...

Zur Kritik des Strafprozessentwurfs.

(Fortsetzung.)

In der weiteren Debatte über die Ausführungen der beiden...

Landgerichtsrat a. D. Dr. Lippmann-Berlin: Er hätte...

Oberlandesgerichtsrat Prof. Dr. Harburger-München:

Justizrat Dr. Ramroth-Wreslau: Es denke niemand...

Landgerichtsrat Dr. v. List bei, daß das Hauptverfahren...

Landgerichtsrat Dr. v. List bei, daß das Hauptverfahren...

Landgerichtsrat Dr. v. List bei, daß das Hauptverfahren...

Landgerichtsrat Dr. v. List bei, daß das Hauptverfahren...

Landgerichtsrat Dr. v. List bei, daß das Hauptverfahren...

Landgerichtsrat Dr. v. List bei, daß das Hauptverfahren...

Landgerichtsrat Dr. v. List bei, daß das Hauptverfahren...

Die im Entwurf vorgesehene Parteipflichtigkeit bietet...

Die im Entwurf vorgesehene Parteipflichtigkeit bietet...

Die im Entwurf vorgesehene Parteipflichtigkeit bietet...

Die im Entwurf vorgesehene Parteipflichtigkeit bietet...

Die im Entwurf vorgesehene Parteipflichtigkeit bietet...

Die im Entwurf vorgesehene Parteipflichtigkeit bietet...

Die im Entwurf vorgesehene Parteipflichtigkeit bietet...

Die im Entwurf vorgesehene Parteipflichtigkeit bietet...

Die im Entwurf vorgesehene Parteipflichtigkeit bietet...

Die im Entwurf vorgesehene Parteipflichtigkeit bietet...

Die im Entwurf vorgesehene Parteipflichtigkeit bietet...

Die im Entwurf vorgesehene Parteipflichtigkeit bietet...

Die im Entwurf vorgesehene Parteipflichtigkeit bietet...

Die im Entwurf vorgesehene Parteipflichtigkeit bietet...

Die im Entwurf vorgesehene Parteipflichtigkeit bietet...

Die im Entwurf vorgesehene Parteipflichtigkeit bietet...

Die im Entwurf vorgesehene Parteipflichtigkeit bietet...

Die im Entwurf vorgesehene Parteipflichtigkeit bietet...

Die im Entwurf vorgesehene Parteipflichtigkeit bietet...

Die im Entwurf vorgesehene Parteipflichtigkeit bietet...

Die im Entwurf vorgesehene Parteipflichtigkeit bietet...

Die im Entwurf vorgesehene Parteipflichtigkeit bietet...

der Oberkriegsgericht sei die Reform noch nicht abgeschlossen.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Harburger-München: Er...

Landgerichtsdirektor Dr. v. List: Er müsse dem Herrn...

Prof. Dr. v. List: Er müsse dem Herrn...

Prof. Dr. v. List: Er müsse dem Herrn...

Prof. Dr. v. List: Er müsse dem Herrn...

Prof. Dr. v. List: Er müsse dem Herrn...

Prof. Dr. v. List: Er müsse dem Herrn...

Prof. Dr. v. List: Er müsse dem Herrn...

Prof. Dr. v. List: Er müsse dem Herrn...

Prof. Dr. v. List: Er müsse dem Herrn...

Prof. Dr. v. List: Er müsse dem Herrn...

Prof. Dr. v. List: Er müsse dem Herrn...

Prof. Dr. v. List: Er müsse dem Herrn...

Prof. Dr. v. List: Er müsse dem Herrn...

Prof. Dr. v. List: Er müsse dem Herrn...

Prof. Dr. v. List: Er müsse dem Herrn...

Prof. Dr. v. List: Er müsse dem Herrn...

Prof. Dr. v. List: Er müsse dem Herrn...

Letzte Telegramme.

Schließens Kriegartikel.

Paris, 7. Januar. Unter dem Titel „Wilhelm II. und...

London, 7. Januar. Die Morning Post will nicht...

Reife, 7. Januar. Das Kriegsgericht der 12. Division...

Lehrer, 7. Januar. Wehren ist ein gebrochener, mit 88...

Unter dem Vorhange der Ernüchterung.

Lebenslied begraben.

Brüssel, 7. Januar. In der Oststadt Boorshelm in der...

Das heutige Blatt enthält 13 Seiten.

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 4.

Dresden, Donnerstag den 7. Januar 1909.

20. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Zum Wahlrechtsgezerre.

Offenbar auf Grund von Informationen aus linksliberalen Kreisen wird dem Berliner Tageblatt folgendes über den Stand des sächsischen Wahlrechtsgezerres mitgeteilt:

Der Wunsch mancher Parteipolitiker in Sachsen, gegen Schluß des Landtages die Wahlrechtsreform gewissermaßen im Sande umdrehen und ohne viel Aufhebens zu erledigen, sieht auf Widerstand. Am Dienstag fanden sehr lange Sitzungen der konservativen und nationalliberalen Fraktionen statt, in denen unter dem Segel der Verschwiegenheit über die Beschlüsse der Wahlrechtsdeputation der Ersten Kammer beraten wurde. Es soll sich um mehrere ausgearbeitete Vorschläge handeln, denen auch eine umfangreiche Statistik beigegeben ist. Man hat noch bei keinem Gesetz in Sachsen so viel mit Statistik gearbeitet als bei dem neuen Wahlrecht. Die Konservativen sollen sich heute für einen Vorschlag entschlossen haben, der im wesentlichen auf eine Abänderung der in der Zweiten Kammer mit einer Dreimännermehrheit angenommenen Eventual-Vorschläge hinausläuft. Die Nationalliberalen werden jedoch für kein Wahlrecht zu haben sein, das den Eventual-Vorschlägen auch nur ähnlich sieht. In ihrer Fraktionsitzung soll ziemlich einmütig die Überzeugung zum Ausdruck gelangt sein, daß es für die nationalliberale Fraktion politische Pflicht ist, an ihren alten Vorschlägen zur Einführung eines abgestuften Pluralwahlrechts mit zwei Zusatzstimmen festzuhalten. Eventuell will man noch über eine weitere Zusatzstimme und über die Voraussetzungen der Erstellung der Pluralstimmen verhandeln. Aber auch hierbei wird man nach der am Dienstag zum Ausdruck gelangten Stimmung an einer Altersstimme und anderen liberalen Forderungen festhalten.

Die Nationalliberalen sind auch gegen jedes nicht einheitliche Wahlrecht. Ob unter diesen Umständen ein neues Wahlrecht zustande kommt, ist also abermals fraglich. Im Volke legt man auf eine Wahlreform, wie sie von den bisherigen Beschlüssen droht, wie wir schon früher einmal sagten, keinen Wert. Im Gegenteil, man fürchtet sie. Aber die Konservativen wollen augenscheinlich um jeden Preis ein ihnen günstiges neues Gesetz schaffen, weil sie sonst unter dem Dreiklassenwahlrecht nicht sicher sind, bei den im nächsten Herbst stattfindenden Neuwahlen die Mehrheit in der Zweiten Kammer zu behalten. Ihre Parteiführer verlangen, die Wahlrechtsfrage zu betreiben und sie wollen auch ihnen etwa genehme Vorschläge der Ersten Kammer abermals mit drei Stimmen Mehrheit aufnehmen. Im Lande würde man es jedoch nicht verstehen, wenn die Regierung und der König eine derartige Dreimännermehrheit gutheißen sollten.

Entspricht diese Darstellung den Tatsachen, so ginge daraus hervor, daß der Wahlrechtskommissioner ärgere denn je wäre und die Aussicht etwas Besseres als das Biertrinkensdenkmal zustande zu bringen, gleich Null ist. Uebrigens ist ja von der Ersten Kammer kaum mehr zu erwarten wie von den Konservativen der Zweiten Kammer. Sowohl in der Dreiklassenstufe wie in der Dunkelkammer, wie die Erste Kammer jetzt getauft worden ist, geben Reaktionen ungefähr deselben Kalibers den Ausschlag.

Das Leipziger Tageblatt teilt noch folgendes mit: Ueber die vertraulichen Wahlrechtsberatungen zwischen der Gesetzgebungsdeputation der Ersten Kammer und einzelnen Mitgliedern der Zweiten Kammer wird uns von hochgeschätzter Seite mitgeteilt, daß bisher „eine Art von Kompromiß“ nicht zustande gekommen, die entsprechende Wendung also unrichtig ist. Es könne als feststehend angesehen werden, daß kein Wahlrechtskompromiß zustande kommen werde, der nicht die Zweidrittelmehrheit auf sich vereine. — Sowohl die Nationalliberalen wie die Konservativen haben am Dienstag Fraktionsitzungen abgehalten, die ungefähr um 11 Uhr begannen und sich lange hingezogen haben. Es soll bei den Konservativen mehr als lebhaft hergegangen sein.

Einem andern Leipziger Blatte ist noch gemeldet worden: Mit den Vorschlägen, die von der Gesetzgebungsdeputation der Ersten Kammer den Fraktionen unterbreitet worden sind, stimmt übrigens die von der Deputation seinerzeit selbst herausgegebene Mitteilung, daß sie die von der Zweiten Kammer mit 40 gegen 37 Stimmen angenommene Eventualvorlage abgelehnt habe, nicht recht überein. Denn die den Fraktionen selber gemachten Vorschläge haben diese Eventualvorlage nicht völlig aus der Welt geschafft, sondern sie lediglich abgeändert und zu verbessern gesucht. Und zwar nach der Richtung hin, daß man die in der Vorlage zusammengefaßten Pluralstimmen wieder nach gewissen Merkmalen abgestuft und sich damit dem früheren Kompromiß der Parteien der Zweiten Kammer annähert. Man will sich durch diese Abstufung die Zustimmung der Nationalliberalen sichern, die bekanntlich gegen die Eventualvorlage gestimmt haben, und möglichst schnell noch ein Wahlrecht zustande bringen, das wenigstens auch einem großen Teil der Nationalliberalen genehm ist. Ein einfaches Pluralwahlrecht wird man jedoch augenscheinlich nicht bieten, denn bekanntlich hat sich Staatsminister Graf Döbner mit aller Entschiedenheit gegen ein reines Pluralwahlrecht ausgesprochen, weil er in ihm keinen genügenden Schutz für die Widerstand der Wähler gegenüber der großen Masse derselben erblickt, und außerdem eine Anzahl Mitglieder der Ersten Kammer, so besonders Staatsminister A. D. Mepisch, entschiedene Gegner eines reinen Pluralwahlrechts. Darum dürfte es erklärlich erscheinen, wenn die Vorschläge der Ersten Kammer ein zweifaches System bringen und neben der allgemeinen Wahl mit ein oder zwei Pluralstimmen und vielleicht auch mit Verhältniswahl ein Wahlrecht nach Verursachungsorganisation empfehlen, für das in weiten Kreisen der Ersten Kammer beste Stimmung vorhanden sein soll. Wie es heißt, sind in der Gesetzgebungsdeputation auch Vorschläge dahin gegangen, das gegenwärtige Dreiklassenwahlrecht beizubehalten und es durch Einführung der direkten Wahl und Anfügung der Verhältniswahl zu verbessern. Man ist von diesen Vorschlägen jedoch abgesehen, ebenso auch von anderen, die angesichts der Wichtigkeit der Wahlrechtsfrage auch in der Ersten Kammer nicht gelehrt haben.

Am Donnerstag beginnt die erweiterte Geset-

gebungsdeputation der Ersten Kammer die zweite Lesung. Sie wird sich dabei vor allem dem Vorschlag zuwenden, der von den Fraktionen der Zweiten Kammer, falls es dort überhaupt zu Entschlüssen gekommen ist, als der geeignetste befunden worden ist. Auch die Wünsche der Parteien werden zur Beratung gestellt und, soweit immer angängig, schließlich auch berätigt, da man allgemein von dem Streben geleitet wird, alle Möglichkeiten in Betracht zu ziehen, um kurz vor Trosschluß das sächsische Volk doch noch mit einem neuen Wahlrecht zu beglücken. — Ob es in der Tat dazu kommen wird, das läßt sich heute noch nicht sagen, denn über den Verhandlungen wird nach wie vor das strengste Geheimnis gewahrt.

Zweierlei Boykottrecht.

Ein interessantes Urteil, das noch einen besonderen Wert durch seine Behandlung einer Boykottverordnung der Amtshauptmannschaft — Zwickau erhält, fällt kürzlich das Oberlandesgericht Jena gegenüber einer Revisionsklage des Redakteurs unseres Vaterlandsgaus. Unsere Genossen in der sächsischen Enklave Liebschwitz befanden sich in der Saalfraße in argen Kalamitäten. Die beiden Saalorte, beeinflusst von Polizei- und anderen Behörden, weigerten sich, den Genossen die Säle zu öffentlichen Versammlungen zur Verfügung zu stellen. Um den Witten eine andere Auffassung der Dinge beizubringen, blieb nur noch das Mittel des Boykotts übrig, der durch eine kurze Notiz in der Neuhäuser Tribüne, welche die Liebschwitzer Genossen aufforderte, die Konsequenzen aus dem Verhalten der Witten zu ziehen, seine Wirkung nicht verfehlte. Der Boykott brachte selbstverständlich auch die amtshauptmannschaftlichen Herrschaften in der Mittelstraße in Zwickau aus dem Gleichgewicht und die Folge war ein Strafverfahren wegen großen Unfugs und — Uebertretung des bekannten sachsen Boykott-Artikels der Amtshauptmannschaft Zwickau gegen den Verantwortlichen der Neuhäuser Tribüne, der denn auch vom Schöffengericht Werra unter Zuhilfenahme eines längst nicht mehr geltenden Reichsgerichtes verurteilt wurde. (1) Aber bereits die Berufungsinstanz ließ den Einwand der Verletzung einer sächsischen Polizeiverordnung nicht mehr zu und sah nur den Boykott noch als „großen Unfug“ an. Die Revisionsinstanz, das sächsische Oberlandesgericht in Jena, hatte noch weniger Respekt vor der Polizeiverordnung des Zwickauer Landtages und hob das vorinstanzliche Urteil auf und sprach den Angeklagten frei.

So etwas pflegt in Sachsen nun allerdings nicht vorzukommen, trotzdem man auch am sächsischen Hochgericht weiß, daß die betreffenden amtshauptmannschaftlichen Verfügungen — und darin sind wir in Sachsen groß! — in schreiendem Widerspruch zu der Substanz des Reichsgerichts stehen. Doch das stört den sächsischen Amtschef nicht. Unbetümmert darum fährt er fort, durch seine Dekretale, das national-monarchische Bewußtsein im Volke zu festeren. Der „Erfolg“ ist augenscheinlich.

Das Jenaer Oberlandesgericht lehnte eine Verurteilung auf Grund sächsischer Polizeiverordnungen überhaupt ab, weil für das aburteilende Gericht § 4, Abs. 3, Satz 2 des Str.-G.-B. bestimmend sei. Dann verneint das Gericht auch die Verurteilung auf Grund des § 360, Zelle 11 des Str.-G.-B., weil im vorliegenden Falle die Voraussetzungen des großen Unfugs, also neben der physischen Beschädigung des Publikums auch eine Störung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung, nicht gegeben seien.

Sächsische Gerichte sind darüber bekanntlich anderer Meinung. Hier findet man den Boykott strafbar — wenn er von Abofekten ausgeht; dagegen hat man von einer Verfolgung des Militärboykotts und des antijemaischen Boykott-Treibens noch nichts gehört.

Landtagsabgeordneter Goltz

ist noch langem Krankenlager am Montag abend verstorben. Er gehörte der konservativen Fraktion an. Goltz, der dem Landtage seit 1903 angehört, ist im Landtage nie hervorgetreten. Vor Monaten schon mußte er den Sitzungen eines schweren Leidens wegen fern bleiben. In seinem Heimatorte Reichenbach war Goltz Gemeindevorstand und Gutbesitzer. Er gehörte zu dem agrarischen Flügel der konservativen Partei und vertrat den 12. ländlichen Wahlkreis (Amtshauptmannschaft Birna), den vorher viele Jahre der Fortschrittler Freytag vertreten hatte. Die glatte Wahl eines Konservativen an Stelle des Fortschrittlers offenbarte schon 1903, daß es mit dem sächsischen Kammerfortschritt endgültig aus war.

Unverhältnismäßig strenge Strafen

sieht das Militärstrafgesetzbuch bei Vergehen gegen die Disziplin vor. Daß es mitunter Soldaten wegen an sich harmloser Dinge, die mit dem eigentlichen militärischen Dienst in recht losem Zusammenhang stehen, einige Monate Gefängnis aufladen kann, zeigte folgender Fall. Der Soldat K. A. K. von der 7. Kompagnie des 15. Infanterie-Regiments Nr. 181 sollte auf Befehl des Unteroffiziers B. einen Krug von der Schießstandswand mit nach der Kaserne nehmen. „Ich bin doch kein Kaskador“, sagte er zunächst, nahm aber nach dem dritten Versuch den Krug und sagte dabei: „Mir ist's egal, wenn er zerbricht, ich bezahle ihn nicht.“ Das „Verbrechen“ soll K. nun mit zwei Monaten Gefängnis büßen; so lautet das Urteil des Chemnitzer Kriegsgerichts. Auch wurde die sofortige Festnahme des Verurteilten verfügt.

Gemeindevahlfrage.

In Reichenhain wurden in der Klasse der Unanständigen die Genossen Fiedler und Hlbig wiedergewählt. Die Anstrengungen der nationalen Gegner waren vergeblich. — In Steitzendorf wurden in der Klasse der Unanständigen Genosse Albin Schmidt als Ausschussperson und Genosse Hlbig als Erfolgsmann gewählt.

Leipzig, 5. Januar. Vor dem neuen Rathaus versammelten sich gegen 12 Uhr etwa 200 Arbeitsskizze, durch welche eine Deputation an den Oberbürgermeister Dr. Dietrich entsandt wurde mit der Bitte um Beschäftigung und Arbeit. Dr. Dietrich erklärte, daß in den nächsten Tagen Rathausarbeiten in Angriff genommen werden sollen, durch welche einigen hundert Arbeitsskizzen Beschäftigung gewährt wird.

M. Chemnitz. Eine Jugendkammer ist auch für das Chemnitzer Landgericht eingerichtet worden. Den Vor-

führt Herr Landgerichtsdirektor Opp. Die Verhandlungen werden Mittwoch stattfinden. Die Jugendkammer ist zuständig für alle jugendlichen Angeklagten, die das sechzehnte Lebensjahr noch nicht überschritten haben. Soweit nicht besondere Gründe den Ausschluß der Öffentlichkeit nötig machen werden, tagt die Kammer in voller Öffentlichkeit.

Kleine Nachrichten aus dem Lande.

In Bismarck bei Mügeln fuhr ein 13-jähriger Knabe mit dem Schlitten auf das Eis und verschwand mit samt seinem Schlitten in der Elbe. — Der dreijährige Sohn des Webers Franke in Plauen stürzte in einen Topf mit kochendem Wasser und verbrühte sich so schwerlich, daß wenig Hoffnung auf Erhaltung des Knaben ist. — Vor einigen Tagen saß sich in Hornsdorf l. Erg. die Ehefrau des Gutbesizers Lieberwirth eine kleine Verletzung am Daumen der rechten Hand zu. Von der Frau wurde die Wunde nicht beachtet, so daß Blutergüsse hinzukam, an deren Folgen die Frau wenige Tage darauf unter heftigen Schmerzen starb. — Der Wirtler Hildbach aus Hinterhain bei Auerbach wurde ertrunken aufgefunden. — Der 14-jährige Schulknabe Kurt Sönel in Zittau rettete unter eigener Lebensgefahr den 8-jährigen Paul Schlege vom Tode des Ertrinkens im Brauhause. — Beim Steinbrechen in Prag in Hartmannsdorf dem Steinbrecher Seraphino Proazio ein Steinchen ins linke Auge und zerstörte die Sehkraft desselben vollständig. Der Verletzte wurde sofort in die Universitäts-Augenklinik Leipzig gebracht. — Mehrere Knaben, die sich auf dem Eise der Mulde bei Glauchau tummelten, brachen ein. Der des Schwimmens kundige Knabe Sch. konnte sich selbst retten, während der Knabe Köhler weislos unter das Eis geriet und ertrunken sein würde, wenn nicht der 15-jährige Realchüler Paul Hermann Müller ins Wasser getorchen wäre und ihn herausgezogen hätte. — Ein aufregender Vorgang spielte sich am Dienstag früh in dem Grundstück Friedelstraße 3 zu Leipzig ab. Ein zu Besuch bei seiner Mutter in Leipzig Lindenau weilender Soldat eines österreichischen Regiments feuerte in Gegenwart seiner Geliebten einen Revolver auf sich ab. Die Kugel drang dem Manne in den Kopf. Schmer verlegt wurde er ins Krankenhaus gebracht. Er ist bald danach seinen Verletzungen erlegen. — In Schönheide stürzte am 5. Januar der Zwaidenreimer, spätere Mutterzechner Emil Göhl so unglücklich die Treppe herab, daß er nach kurzer Zeit starb.

Stadt-Chronik.

Kommunale Streiflichter.

Heute Donnerstag abend hatten die Stadtverordneten die erste Sitzung im neuen Jahre ab, die in ihrem äußeren Verlaufe gegen früher sich etwas anders gestaltet wird. Es wird keine neuen oder wiedergewählten Stadtverordneten „einzuweisen“ geben, da eine Ergänzungswahl im eben verfloffenen Jahre nicht stattgefunden hat. Das für den Eintritt der ersten Sozialdemokraten in das Stadtparlament im Jahre 1905 geschaffene Wahlrecht, das an Stelle des früheren allgemeinen, unbeschränkten Bürgerwahlrechts getreten ist und das Stadthaus vor sozialdemokratischer „Ueberflutung“ schützen soll, enthält auch die Verschärfung, daß nun nicht mehr jedes Jahr, sondern nur noch alle zwei Jahre zu wählen ist. Deshalb wird man in Zukunft den Gehalt, ein Drittel der Stadtverordneten im Gemeinrat, geführt vom Oberbürgermeister, angesetzt mit Grad und dem würdevollen Abzeichen der silbernen Amtskette, am ersten Sitzungstage in den Saal ziehen zu sehen, nun ein Jahr um das andere haben können. Auch die übliche Programmrede des Stadthauptmannes wird wohl nur noch nach einer Wahl gehalten werden.

Ohne die bisher gewohnte feierliche Stimmung sind heute abend die Wahlen des Vorstandes und der Ausschüsse vorzunehmen. Diese Wahlen sind natürlich nur noch eine durch das Gesetz vorgeschriebene Formalität, denn die einzelnen Gruppen haben sich längst über die zu wählenden Personen verständigt. Wie uns bekannt geworden ist, sind bei diesen Abmachungen die sogenannten Liberalen völlig in das Lager des reaktionären Wismalms eingeschwenkt. Man will der sozialdemokratischen Fraktion auch diesmal die ihr nach allgemeinen parlamentarischen Regeln zustehende Vertretung in Vorstand und Ausschüssen nicht zugestehen. (Die Wählererei dürfte daher nicht so glatt und ruhig vor sich gehen.) Man setzt die vorgeschlagenen sozialdemokratischen Kandidaten zwar mit auf die offizielle Vorschlagsliste, aber nur um den Schein zu wahren und um die überzähligen Stimmen mit Glanz durchfallen zu lassen. So werden auf dem Dresdner Stadthaus solche Sachen gemacht. Wenn Sozialdemokraten im umgekehrten Verhältnis so verfahren, würde man lautes Geschrei über Terrorismus erheben.

Das vergangene Jahr 1908 war reich an aufregenden Sitzungen und interessanten Debatten. Wer in dieser Hinsicht die letzten Jahre mit den früheren vergleicht, wird zugeben müssen, daß das Stadtparlament seit Eintritt unserer Genossen entschieden auf ein höheres Niveau gekommen ist. Eine Reihe wichtiger Fragen ist von ihnen aufgeworfen und zur Debatte gebracht worden. Um ein Beispiel herauszugreifen: Selten, vielleicht niemals vorher, dürfte das Dresdner Schulwesen so eingehend und ernsthaft in öffentlichen Sitzungen behandelt worden sein als in den letzten drei Jahren. Und so steht es mit anderen wichtigen sozialen Angelegenheiten. Das abgelaufene Jahr begann mit einem bezeichnenden Zwischenfall. Herr Dr. Hädel wurde nicht wieder als erster Vizepräsident gewählt, die Liberalen brachten vielmehr mit sozialdemokratischer Hilfe Herrn Dr. Vogel auf diesen Posten. Darüber ärgerte sich der Durchgefallene so sehr, daß er keine andere Wahl annahm, auch kein Mandat in die Ausschüsse. Das ist so ganz die Art des gekränkten Wismalmspolitikers. Wenn Sozialdemokraten nach dieser Methode „positiv mitarbeiten“ wollten, würde man sich abermals moralisch entrüsten.

Im Jahre 1908 wurden 38 öffentliche Sitzungen abgehalten und fast ebensoviel geheime. In letzteren werden meist Realitäten, Grundstückskäufe und -verkäufe, Naturalisationen und ähnliche Angelegenheiten, die personelle Erörterungen nötig machen, Rechtsstreite, Stiftsachen usw. verhandelt. Neuerdings verweist man auch die Bewilligung von städtischen Geldern zu patriotischen und Altimbabwecken unter dem Widerspruch unserer Genossen in die geheimen Sitzungen. Man scheint offenbar die nicht zu vermeidenden Debatten in der Öffentlichkeit. Viel Frech hat das nicht, denn soweit ein allgemeines Interesse vorliegt, erfährt die Allgemeinheit durch unser Blatt ja das Nötige. Immerhin sind die Herren der Mehrheit da doch etwas weiter vom Schuß.

unter
he).
aufinden.
reif!
Kartell
erg
tag
stand.
ne!
tionen
n. 15 Bl.
tionen
und 1,80 M.
Bärte
an
tikel
jeder Preis
fabrikpreis
die gratis.
ppsohn
Preisr. 20
ls).
chinen
von 11 M.
tohen
he 15
-Wasserg.
Boitdoppel.
Sonnabend
ung. H.
Vorstand.
str. 6
arbeit
und Ums.
s nur ganz
en.

In den öffentlichen Sitzungen gab es scharfe und lauge Debatten über viele wichtige Fragen. So über die Sonntagruhe, das Litterat, das Mittelpreiserfahren, Schulwesen, Rathenhaus, Wohnungsfrage, Straßenbahnwesen, Arbeiterfragen (Kohlenauslastung, Arbeitslosigkeit, Zentralarbeitsnachweis, Arbeiterturner usw.), Kinderfürsorge, Feuerungsanlagen, Wohnrecht, Religion in der Volksschule, Verwendung städtischer Gelder, Umfahrgelder. In allen diesen Debatten hatten die sozialdemokratischen Vertreter nicht nur lebhaften Anteil, zum guten Teil sind sie auf ihre Initiative zurückzuführen. Unsere Genossen beschränkten sich nicht auf die Kritik, sie unterbreiteten vielmehr in allen Fällen auch positive Vorschläge. Und ihre Schuld ist es nicht, wenn trotzdem wenig oder gar nichts herausgekommen ist, was man als ernsthafte soziale Tat auf dem Gebiet der Dresdner Sozialpolitik bezeichnen könnte. — Nicht vergessen sei auch der Dresdner Künstlerstreik, der ja vor kurzem erst erledigt worden ist.

Auf Einzelheiten dieser Vorgänge einzugehen, ist hier nicht beabsichtigt. Das wird vielmehr später Aufgabe besonderer Veröffentlichungen sein. Unsere Leser sind ja auch ohnehin unterrichtet, wenn sie die kommunalen Angelegenheiten in der Zeitung regelmäßig verfolgen.

Dass die sozialdemokratische Fraktion auch als positiver Faktor stark in Rechnung kommt, hat sich wiederholt bei Abstimmungen gezeigt, wo die stets geschlossene Haltung unserer Genossen die Entscheidung herbeiführte.

Das verfloffene Jahr stand im Zeichen der finanziellen Not. Nicht ganz ohne Zusammenhang damit ist die neue Anleihe von 40 Millionen, die gleich zu Anfang des Jahres beschlossen worden ist. Und auch das neue und die nächsten Jahre werden der Stadtverwaltung in dieser Beziehung zu schaffen machen, wenn sie nicht eine rationellere Finanz- und Steuerpolitik durchführt. Wahrscheinlich hat sie noch nie größere bewährte Sorgen gehabt.

Im Laufe des Jahres sind einige Veränderungen in der Zusammensetzung des Kollegiums eingetreten. Im Januar starb der neugewählte Stadtvorstandsglieder Greger, am 20. März folgte ihm Stadtvorstandsglieder Hoyer, am 12. Dezember starb der Stadtvorstandsglieder Wilsch. Der Privatmann Müller I ist aus dem Kollegium aus, weil er an Stelle des verstorbenen Stadtrats Kramm in das Kreiskollegium gewählt wurde, und unter Genosse Wilsch ist sich genügt, sein Amt als Stadtvorstandsglieder niederzulegen, weil er von Dresden verzieht. Die Stellen der fünf ausgetretenen Mitglieder der Bürgerdelegation konnten nur teilweise wieder besetzt werden. Drei Stadträte, die jetzigen Stadtvorstandsglieder Gemann, Risse und Wilsch traten an die Stellen von Müller I, Hoyer und Wilsch. Der Sitz des Stadtvorstandsglieder Greger wurde unbesetzt gelassen, weil dessen Erbschaftsamt die Einberufung ablehnte, und für den Stadtvorstandsglieder Wilsch II kein Ersatzmann vorhanden, weil die ausgetretenen Stadtvorstandsglieder Wilsch und Wilsch keine unanlässige Vertreter der Gruppe D II waren, deren Erbschaftsamt bereits beim Wegange Wilsch eingetreten war. So wird das Kollegium bereits am Beginn des Jahres 1909 zwei Stellen ausfallen, zwei unanlässige Vertreter der Gruppe A II, die Stadtvorstandsglieder Greger vertrat, und D II, die Stadtvorstandsglieder Wilsch vertrat, werden fehlen, das Kollegium zu Beginn des neuen Jahres also nur 24 Mitglieder zählen. An Stelle des nun fehlenden in das Kreiskollegium übertrittenen Stadtvorstandsglieder Wilsch wird der anlässlich Erbschaftsamt der Gruppe B I, Jubiläumsschlicht, in das Stadtvorstandsgliederkollegium einziehen. Von den besetzten Stadtvorstandsgliedermitgliedern sind der in Ruhestand getretene zweite Bürgermeister Kramm, und als dritter darauf Stadtrat Dr. Wen.

Aus einem Dorparlament.
Nette Zustände scheinen im Gemeinderat unserer kleinen Gemeinde eingetreten zu sein. Schon seit Wochen sind die Gemeinderatssitzungen mit knapper Not beschlußfähig. Die vorliegende Sitzung konnte wegen mangelnden Besuchs nicht abgehalten werden, trotzdem ein Ingenieur aus Bremen eigenmächtig hierher gekommen war, um über die im Orte geplante Wasserleitung einen Vortrag zu halten. Um sich nicht zu blamieren, wurde der Vortrag unter Beschlußunfähigkeit in geheimer Sitzung von ein paar Mitgliedern gehört. Vor einigen Tagen sollte nun die der Gemeinde circa 300 000 M. kostende Schlußnote vom Gemeinderat abgenommen werden. Der Abnahme wohnten nur die zwei Vertreter der Unanlässigen bei. In der Gemeinderatssitzung am 29. Dezember sprach der Vorsitzende sein Bedauern aus, daß zu einer so bedeutungs- und verantwortungsvollen Handlung kein Vertreter der Unanlässigen zugegen war. Die Vertreter der Unanlässigen (besonders Genosse Franz) bezeichneten es als beschämend für die Hausbesitzer, die fortwährend fragen, daß sie die Schlußnote bezahlen müßten, bei der Übernahme überließen sie aber die Verantwortung den Unanlässigen. In der Debatte kam es zu heftigen Ausfällen und einige Gemeinderäte verließen das Sitzungszimmer, so daß der Vorsitzende beim zweiten Punkt der Tagesordnung die Sitzung wegen Beschlußunfähigkeit kassieren mußte.

Nunmehr dürfte sich wohl die Amtshauptmannschaft mit der Angelegenheit zu Beschäftigung haben. Zum Nutzen unseres Gemeinderates dürften diese Dinge jedenfalls nicht gereichen. Und wer unsere Verhältnisse kennt, wird finden, daß derartige Zustände nur auf persönliche Geisteskräfte zurückzuführen sind, unter denen das Gemeinwohl zu leiden hat.

Der Geiz.
Seit einigen Jahren wohnt im Hause Wiesenstraße Nr. 9 bei einem Straßenbahnbeamten zur Untermiete ein 70-jähriges Fräulein. Jedermann in der Nachbarschaft hielt die alte Dame für arm und unterstützungsbedürftig. Man suchte Mittel mit ihr und glaubte, sie schmeiche sich ihrer Armut. Dessen ungeachtet floßen die Gaben. In den letzten Jahren hatte die Einsiedlerin ihre Wohnung jedoch von keiner fremden Person betreten lassen und selbst ihr Logis nicht erhebt keinen Einfluß. Vor einigen Wochen mußte die Geizhals nach der städtischen Heil- und Pflanzanstalt gebracht werden; die Wohnung hatte die Alte bis Neujahr bezahlt. Jetzt sollten die Zimmer wieder vermietet werden. Der Wirt ließ die Wohnung öffnen. Er mußte jedoch die Beschäftigung der Wohnung aufgeben, da ihm eine furchtbare Luft entgegenströmte. Er ließ die Beamten der öffentlichen Desinfektionszentrale herbei, um die Räume zu desinfizieren und zu lassen. Den eintretenden Beamten verbot die furchtbare Luft fast den Atem. Ganze Haufen verfaulte und verweirter Lebensmittel, Fleisch, Wurst, Butter, Eier, Mehl, Kaffee und Zucker, noch in Tüten verpackt, wie sie das alte Fräulein eingelagert oder geschenkt erhalten hatte, mußten ausgeräumt werden. Aber noch eine andere Ueberraschung stand den Beamten bevor. Unter Tüchern und schmutziger Wolle verdeckt fanden sie 3 (nach einem andern Bericht sogar 9) Sparschneidbücher und große Summen Bargeld in Trel- und Kassenbüchsen und Kassenheften und dergleichen. Circa 18 000 M. (nach anderem Bericht 25 000 bis 30 000 M.) betrug das gesamte Vermögen der Almosenempfängerin.

Wenn davon auch ein großer Bruchteil an inwärtigen verfallenen Geldstücken und Anweisungen abgeht, so bleiben nach einer oberflächlichen Schätzung doch immer noch 12 000 bis 13 000 M. übrig. Als einzige Erbin der alten Einsiedlerin kommt eine jüngere Schwester in Frage. Lebhafte Armenunterstützung hat die Geizhals nie bezogen, so daß sich der Stadtrat höchstens wegen hinterzogener Steuern an das Vermögen der alten Dame halten kann.

Das Erbd.
Im Amtsblatt wird berichtet: Am 2. Januar hat im Hof für obdachlose Männer, Rauscherstraße 11, die Mittagsbeihung begonnen. Es gibt für 5 Pf. eine große Schüssel Grießsuppe und ein Stück Brot, so daß jedes seinen Hunger stillen und sich dabei auswärmen kann. Speisemarken a 5 Pf. zum Verschicken an Bedürftige sind zu haben in den Nigarrengeschäften von Oscar Streifer, Wismarplatz 4, Richard Stramer, Hauptstraße 24, sowie an der Kassenkette im Volksbad, Elisenstraße 51 und beim Kassierposten Rauscherstraße 11. Der Antrag ist infolge der Arbeitslosigkeit und Mitternachtsarbeit und es erscheinen viele, die nicht im Besitz von 5 Pf. sind; es wird aber niemand abgewiesen.

Ein Liebesdrama.
Die 27 Jahre alte Oberin des in Vorstadt Pieschen in Arbeit stehenden Schlossers Erner stand schon seit geraumer Zeit in engeren Beziehungen zu dem 20-jährigen Emallirer Großmann aus Röhlsdorf. Das Liebesverhältnis war rasch geworden und zur Kenntnis des Ehemanns sowie der Angehörigen Großmanns gekommen. Alle Bemühungen, die ineinander verliebten auseinander zu bringen, waren vergeblich. Am Dienstagabend waren die beiden wieder zusammengetroffen, diesmal in der Absicht, in der Nacht zu gehen. Nachdem sie die Nacht zum 6. Januar gemeinsam verbracht hatten, begaben sie sich in den Wald auf Röhlsdorfer Reiter und ließen sich unter einer Kiefer nieder. Hier tranken sie Gift. In zeitiger Vormittagsstunde des Mittwoch wurde das Liebespaar in betäubtem Zustande von einem Polizeibeamten angetroffen. Der junge Großmann verstarb bald danach. Die Frau, die Mutter von vier Kindern, überlebte mit dem Leben davon kommen. Sie fand Aufnahme im Friedrichshäcker Krankenhaus.

Beneidung der Reute.
Ein Erwerbsfähiger war auf der Straße von einem Führer berührt und der Führer derselben zur Zahlung einer Reute an den Verunglückten berechtigt worden. Gegen dieses Erkenntnis legte der Führerbeschäftigte Revision beim Reichsgericht ein, mit der er geltend machte, die Reute sei unrichtig bemessen worden, denn sie sei abolut nicht im richtigen Verhältnis zu dem, was der Kläger in den letzten Jahren vor dem Unfälle verdient habe, sondern sei viel zu hoch. Unbestätigt wurde doch der Tagesverdienst, den der Kläger im Durchschnitt erworben habe, zugrunde gelegt werden. — Das Reichsgericht hat jedoch die Revision verworfen. Bei der Berechnung der Reute durch die Revision ist kein Irrtum vorgekommen, so heißt es in den Gründen; denn die Schätzung erfolgt auf Grund des § 287 der Zivilprozessordnung nach freier Überzeugung. Die Ansicht des Führerbeschäftigten, nur das, was der Verletzte vor dem Unfälle verdient habe, könne zur Feststellung der Reute herangezogen werden, ist durchaus unrichtig; denn dieser Erwerb bildet für die Festsetzung der Reute in der Zukunft nur einen von mehreren Faktoren. Die Hauptunterlage für die Ermittlung des Schadens, der dem Verletzten zu erliegen ist, bietet die erwerbserwartung normale Erwerbserwartung und Ausnutzung der Arbeitskraft einer Person in den Lebensverhältnissen des Verletzten; als besondere Momente sind der tatsächliche Erwerbstand und die Erwerbserwartung des Verletzten vor dem schädigenden Ereignis und die kein Fortkommen nach seiner Persönlichkeit und seiner Umgebung bedingenden Verhältnisse mitbestimmend in Betracht zu ziehen. Hat also der Verletzte vor dem Unfälle von seiner Arbeitskraft keinen oder nur geringen Gebrauch gemacht, so muß er, falls er Schadenersatzansprüche geltend macht, beweisen, daß er in Zukunft seine Arbeitskraft besser verwertet haben würde. Andernfalls wird es auch Sache des Schadenersuchers sein, zu beweisen, daß der Verletzte vor dem Unfälle einen dauernden Erwerb nicht gehabt hat und auch in Zukunft nicht oder nur sehr wenig verdient haben würde.

Warnung.
In letzter Zeit sind in Vorstadt Lößnitz einige Gauner aufgetreten, die es besonders auf Arbeiter abgesehen zu haben scheinen, bei denen sie Geld vermanen. Die zwei, beziehungsweise drei Leute gehen in der Weise zu Werke, daß sie ihre Opfer erst beobachten, sich an sie heranzumachen und beim Austritt aus Restaurationen in der Dunkelheit mit stürmischer Freundschaft und Gemütslichkeit über sie herfallen. Circa so, wie sich etwas angezeigte Personen einander nähern. Am Morgen oder auch schon eher, aber immer zu spät, merken die mit so viel impulsiver Menschenliebe Bedachten dann in der Regel, daß ihnen das Portemonnaie fehlt. Vier derartige Fälle sind in Lößnitz bisher polizeilich festgestellt, ohne daß man die Diebe erwischen hätte, denen Beträge von 9 bis 50 M. in die Hände gefallen sind. Die Spitzbuben suchen in der Art der biedereren Arbeits- und Klaffengossen an ihre Opfer heranzukommen und sie werden ihr Meier jedenfalls auch anderswo versuchen. Darum Vorsicht!

Aus der Umgebung.
Pottschappel. Heute Donnerstag, abends 7 Uhr, findet im Sitzungssaal des hiesigen Rathhauses öffentliche Gemeinderatssitzung statt. Tagesordnung: Einweisung der neuergählten Mitglieder, Jahresbericht, Wahl der Ausschüsse, Beratung des Haushaltsplans für das Jahr 1909.

Deuben. Unter äußerst starker Wahlbeteiligung, betrug sie doch bei den höchstensteuerten Unanlässigen 93 Proz., ging gestern die Gemeinderatswahl vor sich. Unsere Gegner hatten alles aufgegeben, um uns das Mandat der höchstensteuerten Unanlässigen und das der mindestenssteuerten Unanlässigen zu entreißen. Alles Mögliche hatten sie daran gesetzt, sogar Schieberkolonnen eingerichtet. Aber unsere Genossen waren auf dem Posten. Es war eine Lust, zu sehen, wie sie sich an der Arbeit beteiligten. Gewählt wurde in der Klasse der mindestenssteuerten Unanlässigen Genosse Bruno Witzgen mit 86 Stimmen, sein Gegner Braun erhielt 47 Stimmen; in der Klasse der höchstensteuerten Unanlässigen Genosse Robert Schöne mit 137 Stimmen, sein Gegner Piesch erhielt 99 Stimmen; Erbschaftsmänner die Genossen Zimmer und Klemm. Mindeststeuerten Unanlässige: die Genossen Karl Kallier mit 569 und Hermann Schumann mit 570 Stimmen; Erbschaftsmänner: die Genossen Schneider, Pöcher und Träger.

Tollwitz. Bei der Gemeinderatswahl wurde Genosse Brunert mit 51 Stimmen gewählt. Der Kandidat der Reichsverbändler erhielt 38, der Ortvereinsler 35 Stimmen.

Naudorf bei Köhlsdorf. Heute Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, findet im Sitzungssaal des Gemeindevorstandes öffentliche Gemeinderatssitzung statt. Sehr wichtige Tagesordnung.

Versammlungskalender für Freitag.
Sozialdemokratischer Verein Dresden-N. Abends 9 Uhr Bezirks-Versammlung. Bezirk 1 und 5 im Volkshaus. Bezirk 2 und 3 im Reichshaus. Bezirk 4 und 6 im Restaurant Feldschloßchen.

Dresdner Polizeibericht vom 7. Januar.
Geschlossen wurden in der Zeit vom 2. bis 6. Januar 1909 mittels Einbruch ein Sparschneidbuch der Sparschneide Nr. 2233 mit 1010 M. Einlage und ein Sparschneidbuch der Sparschneide Nr. 15 600 mit etwa 370 M. Einlage auf Ostarr. Waisenbank. Der Verkauf und Verleitung der Sparschneidbücher wird erzwungen. Wohnverordnungen erlassen die Kriminalabteilung.
In der Verurteilung über keine Mittellostigkeit verurteilt am Montag in der Antonstraße ein Gewerbetreibender sich zu ergängen, im Vorhaben konnte jedoch noch rechtzeitig vereitelt werden.
In letzter Zeit sind hier zwei Unbekannte aufgetreten, die in Pieschen und Röhlsdorf die Kassen geplündert haben. Der eine von ihnen geht in die Läden oder schlägt sich ein, um bei postender Gelegenheit die Ladenkassen zu berühren, während der andere vor dem Laden den Aufpasser spielt. Vor diesen Unbekannten wird gewarnt. Sie werden beschrieben wie folgt: Circa 23 bis 25 Jahre alt, etwa 1,70 Meter groß, schlant, mit dunkelblauem Haar und kleinem dunklen Schnurrbart, blasses längliches Gesicht, rote gesunde Gesichtsfarbe, schlank, mit dunklen überzieher, hellen schwarzen Hosen, um den Hals weissen gestrickten Schal. Der andere etwa 30 Jahre alt, circa 1,70 bis 1,75 Meter groß, mit dunklem Haar und Schnurrbart, volles rundes Gesicht, graue Gesichtsfarbe, das linke Auge ansehnlich etwas kleiner, schlank, mit dunklen überzieher, schwarzen hellen Hosen und weissen Mäntel. Einwige Mittelungen über die Verhaftung der Täter werden an die Kriminalabteilung erbeten.

Gerichtszeitung.

Landgericht.
Der Spar- und Bauverein gegen die Bürgerzeitung. In verschiedenen Artikeln unter der Rubrik „Stimmen aus dem Arbeiterbezirk“ machte das Hausbesitzerorgan gegen den Spar- und Bauverein, besonders gegen den Vorsitzenden des Ausschusses Landgerichtspräsident Dr. Weder mobil. Er und der Vorsitzende des Vereins, Rechtsanwalt Wilsch, führten sich durch die Agitation gegen den Spar- und Bauverein beleidigt, weshalb sie Strafaktion stellen. Es wurde darauf Klage im öffentlichen Interesse gegen den Redakteur der Bürgerzeitung Gröbel und den Schriftführer des Hausbesitzervereins Stadtvorstandsglieder Rechtsanwalt Köhlmann wegen Beleidigung und unanständigen Verhaltens erhoben. Dr. Weder und Rechtsanwalt Wilsch hatten sich dem Vorhaben als Nebenkläger angeschlossen. Die Nebenkläger sind nicht abgeneigt, die Sache in Güte zu erledigen. Sie verlangen aber neben der Ehrenrettung 1000 M. Busse. Das erscheint den Angeklagten etwas zu gering und es wird deshalb in die umfangreiche Beweisaufnahme eingetreten. Rechtsanwalt Köhlmann kommt als wesentlicher Mitarbeiter der Bürgerzeitung in Betracht, da er Artikel schreibt, die er dem Drucker unter Umgehung der Redaktion gibt. (1) Er kommt auch zum Teil als Verfasser der inkriminierten Artikel in Frage. Die Bürgerzeitung nahm u. a. Stellung zu der Frage des Wohnungsgeldzuschusses für die mittleren Volksschichten. Unter den Dresdner Volksschichten herrscht nämlich eine gewisse Missstimmung darüber, daß sie wegen der „billigen“ (!) Wohnungen in Dresden in eine höhere Serviceklasse herangezogen wurden. Die Bürgerzeitung behauptete nun, der Spar- und Bauverein sei hieran mit seinem „Remanieren der billigen Wohnungen“ schuld; er hänge sich ein „Mantelchen der Gemeinnützigkeit“ um. Durch das „unangenehme Hervorheben des billigen Preises seiner Wohnungen hätte sich eine Anzahl der Beamten beirren lassen“. Durch das „überflüssige „Remanieren“ habe der Spar- und Bauverein die Krise mit heraufbeschworen. Dr. Weder will auch persönlich beleidigt werden sein. Eine Kritik seines Verhaltens anlässlich des Wählens des Vereins Spar- und Bauvereins. Die Redaktionen der bürgerlichen Presse bekamen damals einen Watschettel mit dem Verdict über die Feiern. Die Watschettelnotiz enthielt die Nachricht, daß Dr. Weder das Offizierskreuz erhalten habe und gleichzeitig wurden die Verdienste des Defortierten sehr herabgegriffen. Die Bürgerzeitung behauptete nun, daß durch Dr. Weder's Tätigkeit im Spar- und Bauverein die Erlösung so vieler Untertanen (Hausbesitzer) verhindert wurde, so hätte er im schwärzlich durch einen Orden ausgezeichnet. Ungeachtet dessen fanden es die Angeklagten, daß der in der Kritik gegebene und mit einem Orden belohnte Dr. Weder diesen Watschettel selbst an die Redaktionen gelangen ließ. (Das ist freilich sehr bezeichnend, aber durchaus nicht ungewöhnlich in der bürgerlichen Presse. D. R.)

Den unanständigen Wettbewerb erkliden die Nebenkläger in der gegen sie unter den Volksschichten betriebenen Agitation. Der Spar- und Bauverein ist durch zwei Verträge mit dem Reich beschützt, eine gewisse Anzahl von Wohnungen für Volksschichten zur Verfügung zu halten, da er zu günstigen Bedingungen dem Reich ein Darlehen erhalten hat. Unter die Volksschichten, die hauptsächlich in Frage kommen, sei nun eine Richtmischung gegen den Verein getroffen worden, und zwar derart, daß der Wähler Häuser nicht anders als „Hospitäl“ genannt würde. Dadurch werde dem Verein immer schwerer, seinen Vertragspflichten nachzukommen. Durch die Ausstellungen der Bürgerzeitung habe sich bei den Volksschichten der Gedanke festgesetzt, der Spar- und Bauverein sei schuld an dem verminderten Wohnungsgeldzuschuss. — Die Angeklagten betreiben demgegenüber auf die Denkschrift des Hauses Köhlmann, zu den Wohnungsgeldzuschüssen der Beamten. Darin habe er auch die Dresdner Wohnungsverhältnisse und den Spar- und Bauverein erörtern, um festzustellen, daß hier die Beamten billiger wohnen können. Das habe dann auch zur Begründung gebildet, das Wohnungsgeld der Dresdner Beamten um eine Klasse herabzusetzen. Die mehrfache Beweisaufnahme wurde in der Hauptphase mit der Verlesung von Notendruck und einem Watschettel zwischen Dr. Weder und Oberbürgermeister Deutler ausgeführt. Rechtsanwalt Köhlmann behauptet, beide städtische Kollegien hätten die Meinung der privaten Hausbesitzer, daß der Spar- und Bauverein eine unangenehme Wirkung auf das Beamtenwohl ausübe. (Eine solche Behauptung!) Es beständen in Dresden 27 gemeinnützige Bauvereine, aber nur der Spar- und Bauverein würde aktiv, während alle anderen sich ruhig ihres Lebens freuten. Die anderen Bauvereine hätten während der Grundstückskrise mit dem Haus zurückgehalten, während gerade der Spar- und Bauverein die Hilfe benötige, um zu bauen.

Das Urteil lautet gegen Gröbel auf 800 M. und gegen Köhlmann auf 200 M. Geldstrafe, sowie Publikationsbefugnis in der Dresdner Anzeiger und der Bürgerzeitung.

Versammlungen.

Deuben. Für Sonntag den 3. Januar hatte die Gruppe Deuben eine Einwohner-Versammlung im Gasthof zum Sächsischen Hof abzuhalten. Genosse Syd referierte. Der sehr gut besuchte Versammlung über die Aufgaben, die unsere Genossen in den Gemeinderat haben, fand allgemeine Beifall. In der Debatte gaben unsere Vertreter über die wichtigsten Fragen innerhalb des Gemeinderates, die die Gemeinderatssitzung betreffen, Bericht. Ein Antrag auf die Bildung einer Versammlung, die alle bisherigen Mitglieder unserer Partei anerkennen und das Vertrauen für fernerehin ausdrücken, wurde einstimmig angenommen. (Eing. 4/1.)

Gewer...
Ein...
Der das Jahr...
heften den...
einige baugen...
Pottschappel...
tionen erhebt...
untergebnis...
7 883 Bvigli...
verließ bei w...
nahmen wor...
hat bereits ei...
stehen im B...
283 094 M...
wieser Beob...
nach festst...
eine dieser...
schlößere Ab...
zu rechnen f...
mehren kann...
mehren der G...
sches ein M...
der zwar bei...
zu bezeichnen...
bestellt.
Woh...
genussfähig...
daraus ergibt...
betreffenden B...
schaft gezeig...
abstrahieren...
sowas, so...
samtlich die...
st, und von...
reichte, mit...
liche Nieder...
und diese U...
aus ihrer O...
berbes am...
berheiter noch...
nur einen se...
sogeliet ist...
ermöglicht...
den Kunden...
einige Kauf...
Unter...
hänge auch...
genügend und...
Der Verant...
Arbeitslosem...
verfügen bei...
aus andere...
Sonder...
Unterstützung...
sein Aufgeb...
Womate lie...
erwerben, W...
unterstützen...
gelitten. G...
bisherigen...
dieser haben...
berichtig...
klänge mo...
Wegleich t...
ist Bedacht...
richtigere...
einen Anb...
des Arbeits...
klänge sich...
mittel best...
Daneb...
haupte nutz...
Mitglieder...
diese Gemein...
verband all...
einem ein...
der schließ...
traderleiste...
und Druce...
Gewerkschaf...
Wortes hab...
Worten hab...
1906 insgef...
unterstützen...
Leistung...
Zusammen...
1908 für di...
und zwar f...
bisherigen...
unterstützen...
Organisatio...
eines Direkte...
gebühren O...
Wandkraft...
Mitglieder...
wisse genue...
Gegen...
haben Reich...
Das Reich...
schaffen, in...
Erlaubung...
von den De...
Frage sein...
Anschlus...
ganzem Aus...
diesem Geb...
bei mit Red...
weis mit G...
förderung...
aufschlepp...
dolens ist...
bedeutende...
Arbeitslo...
unter...
Dente...
leistes, die...
und dadurch...
versicherung...
über Arbei...
trotz der...
Erlaubung...
einigen Org...
großen Zei...
beizumessen...
bestehen i...
hatte bee...
förderung...
Aber...
Börderung...
sterns alle...
die ihre Re...
die jahrel...
de Normal...
dem dem G...
sicht wird...
des Verneu...

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Ein schweres Jahr für die Gewerkschaftsbewegung.

Nur das Arbeiterinteresse stützenden Regierungsbüro... diesen beschämendsten aller Zustände, daß die Arbeiterklasse, die unter hochherziger Aufopferung den Vorkampf gegen die Wirtschaftskrisis führt, anstatt unterstützt zu werden, durch Strafparagrafen und Polizeimaßnahmen gequält und verfolgt wird. (Korrespondenzblatt der Gewerkschaften.)

Vokalés.

Unterrichtsstufe für jugendliche Bureauangestellte

veranstaltet die Dresdner Ortsgruppe des Verbandes der Bureauangestellten und der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsvereinigungen Deutschlands ab Sonnabend den 3. Januar. — Die Kurse, die mehrere Monate dauern, finden jeden Sonntag nachmittags von 5-8 1/2 Uhr in der Klosterkirche in Dresden-V. Seiler, Gärtilingstraße 10. Unterricht wird im Maschinenschreiben (System „Ideal“, „Smith Premier“, „Edmore“ usw.) und in Stenographie (System Gabelberger) erteilt. Ferner ist ein Praktikum für die Rechtsanwaltsangehörigen in der Behördensprache und in der Kanzleiarbeit, Einübungen in die Behördensprache und in die Behördensprache eingerichtet. Viele Unternehmen, die dem Verband der Bureauangestellten bedeutende Geldspenden aufgelegt, ist im Interesse der Ausbildung der Berufsangehörigen nur zu begrüßen; die im Sommer, als der Unterricht völlig kostenlos erteilt wird. Auch die Eltern und Vormünder, deren Söhne beim Winkeln zu Orlan den Schreiberberuf ergreifen, sind hiermit auf diese Kurse aufmerksam gemacht. Anmeldungen zu den Kursen sind an Herrn Paul Schulze in Dresden-V. 12, Paulstraße 5, 2., zu richten; es gleichen wird dort auch Auskunft über den Verband der Bureauangestellten erteilt.

Für den geschäftlichen wöchentlichen Ruhetag.

mehr jugendlich und Ausdehnung der Bundesratsverordnung auf das gesamte Personal — das sind die Forderungen, für welche die gewerkschaftlichen Arbeiter und Angestellten in über 100 Versammlungen in allen größeren Städten des Reichs demonstrierten. Die jetzt geltenden Bestimmungen erstrecken sich nur auf das eigentliche Bedienungspersonal; ungelerntes Personal bleibt davon ausgeschlossen.

Die gewerkschaftlichen Angestellten müssen nach Lage der Dinge auf jede Sonntagruhe verzichten; sie glauben mit vollem Recht um mehr Anspruch erheben zu können auf einen Ruhetag an einem Werktag einer jeden Woche. Jetzt werden sie bestmöglichst abgefeilt mit einem 24stündigen Ruhetag oder 14 Tage bzw. 3 Wochen in Orten von unter 20000 Einwohnern. Die teilweise 14tägige Arbeitszeit beträgt 16 Stunden, für die Jugendlichen 15 Stunden pro Tag. Gehalten werden selbst diese gänzlich unzulänglichen Einzelbestimmungen nicht.

Trotzdem die gewerkschaftlichen Organisationen der Angestellten im Gesamtgewerbe, der Verband deutscher Gesamtangestellten und der Verband deutscher Hotelbediensteter, in zahlreichen Eingaben an Bundesrat und Reichstag ihre berechtigten Forderungen begründet haben, sind diese auch bei der letzten erledigten Session zur Gewerbeordnung wieder unberücksichtigt geblieben. Dagegen entschieden zu protestieren und mit noch größerer Energie als bisher jene Forderungen zu erheben, das ist der Zweck der Versammlungen. Die der nächsten Gesamtangestellten findet am Montag den 11. Januar, nachts 1 Uhr, in der Zentralhalle, Friedrichsplatz, statt. Dem schwer arbeitenden Stande der gewerkschaftlichen Arbeiter ist ein Erfolg dringend zu wünschen. Das Material zu der obigen Berichterstattung hat Verbandsvorsitzender Dieseling-Verein übernommen.

Personalien.

Der Ortsbeamte des Schuhmacher-Verbandes in Dresden, Genosse Müller, ist als Gauleiter der Provinz Sachsen und Thüringens nach Halle gegangen.

Inland.

Aus den Organisationen.

Die Mitgliederzahl des Zentralvereins der Bildhauer betrug am Schlusse des dritten Quartals 4183. Davon waren 2265 Holzbildhauer, 828 Steinbildhauer, 418 Modellreue usw. Für den Jahresabschluss wurden 32 353,35 M. verausgabt. Davon erforderte allein die Arbeitslosenunterstützung 19 166,80 M., wogegen 1979 M. für Reiseunterstützung kommen. Die Streifenunterstützung betrug 7906,35 M. Zwischen den Zentralvereinen der Bildhauer von Deutschland und Österreich ist ein Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen worden, der am 1. Januar d. J. in Kraft getreten ist. Der Vertrag regelt die unentgeltliche Übernahme der reisenden Mitglieder, die Anschaffung der bisher geleisteten Beiträge beim Uebertritt in eine der vertragschließenden Organisationen; die Unterhaltungsunterstützung wird nach der bisherigen Vertragsleistung bemessen, wobei während des ersten Halbjahres nach dem Uebertritt die Unterhaltungsunterstützung der bisherigen Organisation in Anwendung kommen. Hieron ausgenommen ist die Streifenunterstützung, für die lediglich das Statut der neuen Organisation maßgebend ist. — Diefem Vertrag können auch die Verbundorganisationen des Auslandes beitreten. — Die nach der Zeitungsberichterstattung am 1. Januar d. J. wöchentlich anfallende Mitgliederzahl betrug am Schlusse des dritten Quartals 4183. Die Arbeitslosenunterstützung erforderte eine Ausgabe von 2147 M. Der Vermögensbestand belief sich auf 25 281,51 M. Mit dem 1. Januar hat diese Organisation den Anschluß an den Verband der Lithographen und Steinbrücker vollzogen. Damit ist die Einheitsorganisation in diesen Gewerben so ziemlich herbeigeführt. Selbständige Branchenverbände unterhalten sich nur noch die Lithographen und die Rosenfelder. In beiden Verbänden bestehen jedoch Sympathien für einen Anschluß an den Verband der Lithographen und Steinbrücker und Verhandlungen hierüber haben bereits stattgefunden, die zwar noch kein abschließendes Resultat bringen konnten, aber eine künftige Verschmelzung zweifellos gefördert haben. — Der Federarbeiterverband zählte am Schlusse des dritten Quartals 7898 Mitglieder. Die Arbeitslosenunterstützung erforderte eine Ausgabe von 9106,85 M., wogegen 1920,80 M. für Reiseunterstützung kommen. An Streifenunterstützung wurden 4104,90 M., an Gewerkschaften 1710,51 M. verausgabt. Das Verbandsvermögen betrug 64 628,81 M.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Von Vertretern verschiedener Arbeiterverbände ist eine Zentralratskommission für die Gewerkschaften in der Nord- und Ostsee mit dem Sitz in Hamburg gebildet worden. Sie soll verhindern, daß, wie beim Reichsverband der Vulkanwerk, durch eine kleine Anzahl Arbeiter Tausende in die Gefahr der Ausbeutung gebracht werden. — Die organisierten Schneider in Halle haben am 1. Januar den bestehenden Lohnvertrag, weil er in keiner Weise mehr den tatsächlichen Verhältnissen entspricht, gekündigt. Der Tarif läuft am 1. April ab. — Die Ausbeutung der Bremer Fischer dauert fort. Der vom angerechneten Schiedsgericht gefällte Spruch wurde von den Geleiten angenommen, von den Unternehmern aber abgelehnt. In Frage kommen 1200 Arbeiter. — Der Fabrikarbeiterverband wurde vom Landesrat Erfurt wegen Untrues zu 4 Monaten Geldstrafe verurteilt. — Als Lokalbeamter der Ortsgruppe Erfurt des Deutschen Schuhmacherverbandes hatte K. insgesamt 329 und 229 M. in bar und 600 M. in Wertpapiere in seinem eigenen Namen verwahrt. Sofort nach dem Bekanntwerden des schmerzlichen Betrugsbetrugs an seinen Kollegen wurde K. seiner Kommer in Gewerkschaft und Partei entzogen und aus beiden Organisationen ausgeschlossen. K. war in vollem Umfang gehandhabt und in der Abrechnung von 10 M. im Vierteljahr, die er als Vorsitzender des sozialdemokratischen Kreisvereins Erfurt-Schleusen-Biegenburg bezeugt.

Bei den Wahlen der Arbeiter zum Gewerkschaftsrat in Erfurt beteiligten sich von 88 eingetragenen Wählern 61, also 75 Prozent. Auf die sozialdemokratische Liste wurden 28, auf die bürgerliche 33 Stimmen abgegeben. Die Bürgerlichen erhalten 5, andere Genossen 4 Stimmen. — Die Soldatensoldaten in Ludwigs haben den mit dem Delegiertenverband abgeschlossenen Tarif gekündigt, weil ihnen die nominierten Sätze zu hoch erschienen. Sie glauben, durch die unzulängliche Gehaltskommission die Löhne ohne großen Widerstand der Arbeiter herabzusetzen zu können. — Mit einem glänzenden Sieg der freien Gewerkschaften endeten die

Wahlkämpfe zum Gewerbegerichtes Reußland a. d. O. die am Sonntag zum ersten Male nach dem Vorkriegsstande stattfanden. Auf die Liste des freien Gewerkschaftsbundes entfielen insgesamt 800 Stimmen, während für die Liste der „Verordneten Arbeiterliste“ (Christlich-Sozial, Christliche und gelbe liberale Arbeitervereine) — wog der gewerkschaftlichen Kampferweise — nur 228 Stimmen abgaben wurden. Die freien Gewerkschaften erhielten fünf Beisitzer und zwei Ersatzleute, die Geomet einen Beisitzer und einen Ersatzmann.

Die Erdbeben-Katastrophe.

Auf den Trümmern von Messina.

Neapel, 6. Januar. Die neuesten Meldungen aus Messina lauten schauerlich. 9500 Mann Truppen sind dort. Fälle von Typhus und Tetanus kamen vor. Andere Infektionen werden befürchtet. Trotz der Absorbierung wächst die Bevölkerung der Trümmerstadt wieder, da die Dauern der Umgegend kommen, um an den Liebesgaben Anteil zu nehmen. Viele Einwohner riefen auf den Trümmern Paraden her. Gestern nach Legten Leichenfeldern und Räuber an mehreren Stellen der Stadt Feuer an und versuchten auch ein Attentat auf die Banca d'Italia, wo die Feuerwehrlente einen Gelbdruck mit 45 Millionen zu retten bestrift waren. Der Dampfer Cione brachte nach Palermo 177 Häuser, von denen 100 erschossen wurden. Der Matino sagt, bald werde auch ein Kriegsgericht gegen die Soldaten stattfinden, die sich zum Diebstahl verleiteten ließen. Der Direktor des Museums von Palermo ist in Messina eingetroffen, um Vorkehrungen zur Rettung der Kunstwerke zu treffen. Der Millionenschatz der Madonna della Lettore, der Patronin der Stadt, wird von Soldaten bewacht. Hier in Neapel haben die Schatulle von Messina würdige Rivale in Kamorriten gefunden, die unter der Maske der Wohlthätigkeit weltliche Waisen an sich locken. Der Präsekt traf energische Gegenmaßregeln. Nach dem Matino wird das gesamte amerikanische Geschwader von 23 Schiffen, das ursprünglich auf mehrere Häfen des Mittelmeeres sich verteilen sollte, nach Messina und Reggio gehen.

Mailand, 6. Januar. Die Stadt wurde zur besseren Einteilung der Arbeit in sieben Sektionen geteilt. Nach vorgehen wurden neun Personen lebend ausgegraben und immer noch hofft man Lebende, die sich unter den Trümmern kümmerlich ernährten konnten, vorzufinden; bisher wurden für fünf Millionen Lire Wertgegenstände geborgen. Um die Bevölkerung von der Absicht der Dampfer zu verständigen, durchzogen Militärpatrouillen die Straßen. Trompeten geben das Signal. Viele Leute mühen sich Gewalt aus den gefährdeten Häusern, wohin sie trotz aller Schrecken zurückgekehrt waren, entfernt und an Bord gebracht werden.

Rom, 6. Januar. Der mit außerordentlichen Vollmachten versehene derzeitige Kommissar General Maggia teilte dem Ministerpräsidenten Giolitti aus Messina telegraphisch mit: Die Nachforschungen nach Verbliebenen und etwa noch lebenden Personen werden fortgesetzt. Heute sind etwa 10 Überlebende geborgen worden. Die Wasserfahrtschiffe, noch weitere zu retten, verringert sich rühmlich; dessen ungeachtet werden die Nachforschungen fortgesetzt. Im ganzen sind bisher 2300 Lebende aus den Trümmern gezogen und 2000 Leichen unter sanitären Vorkehrungen beerdigt worden. Aus den Trümmern unter der Banca d'Italia, der Banca Commerciale, des Gebäudes der Navigazione Generale und anderer öffentlicher und privater Institute hat man in den letzten Tagen Geld und Geldwert geborgen. Das Staatsarchiv, das Hypothekarchiv und das Notariatarchiv werden bewahrt. 181 Personen, die vor Verhängung des Belagerungszustandes verhaftet worden waren, wurden nach Palermo gebracht. Die Eisenbahnverbindung mit Palermo und die Dampferverbindungen mit Neapel sind wiederhergestellt. Um die Eisenbahnstrecke nach Neapel wieder fahrbar zu machen, wurde Personal an die kalabrische Küste entsandt. Es ist mit dem Bau von Baracken begonnen worden, die baldmöglichst vermerbt und eingerichtet werden sollen. Der Gesundheitszustand der Truppen ist trotz der Anstrengungen und trotz der ungünstigen Witterung gut.

Mailand, 6. Januar. Die Rettungsarbeiten in Messina sollen noch bis Ende dieser Woche fortgesetzt und dann die einzige Stadt mit Graben und einer Mauer umgeben werden, um jeden Zutritt zu verhindern.

Rom, 6. Januar. Nach Messina und Reggio sind Eisenbahnzüge mit mehreren tausend Tonnen Rost unterwegs. Mit demselben sollen die Leichenhaufen überdeckt werden, um den Ausbruch einer Epidemie zu verhindern. Ungehobene Schuttberge machen in Messina an vielen Stellen die Ausgrabungen unmöglich. Vorgesandt kam der sozialistische Deputierte Dino Rondani mit Hauptmann Boyo und einigen Freiwilligen, um keine verschüttete Familie aus den Trümmern zu holen. Nach langwierigen, unglücklichen Mühen fand man vor einem entlegenen Winkel. Der Körper der Frau Rondani war vollkommen jermalm, daneben lagen die drei Kinder tot, unkenntlich, erstickt. Am 3. Januar wurde ein zehn Monate altes Kind unverletzt aufgefunden. Es schluckte mit Ober Weisheit und Milch. Als der Besitzer einer in dem vom Erdbeben verschundenen Orte Cannitello gelegenen Weberei zu den Trümmern seines Besitztums zurückkehrte, fand er Banditen vor, die die Seidenvorräte ausraubten. Er bat sie mit Tränen in den Augen, nicht gerade in diesem Augenblicke solche Gemeinheiten zu begehen, worauf einer der Banditen ihn mit dem Revolver bedrohte. Da sprangen plötzlich die beiden mächtigen Hahndiebe des Besizers hervor, die das Besitztum umkreisten, und rissen den Banditen kühnlich in Stücke. Aus Messina wird erzählt, daß sich dort Verbrecher in Soldaten- und Finanzuniformen verstecken; um ungeheuer plündern zu können; sie werden erschossen. Die Sterblichkeit unter den Verwundeten ist sehr groß.

Das Schicksal Messinas.

Messina, 6. Januar. Auf den Trümmern Messinas fand heute eine Versammlung der Überlebenden statt, der ein Senator und mehrere Deputierte beizwohnten. Die Versammelten fahien eine Entschlossenheit, die den Wiederaufbau Messinas als ein unzulängliches und nationales Bedürfnis bezeichnet und die Erwartung ausdrückt, das Parlament werde in Uebereinstimmung mit dem Verlangen der Nation und dem Wunsch der ganzen zivilisierten Welt wirksame Maßnahmen treffen, um Messina ein neues Leben zu sichern.

Palermo, 6. Januar. (R. L.) Ein lebhafter Streit entbrannt in Sicilien über das Schicksal Messinas. Man habe geplant, die riesigen Vorräte von Petroleum, die im Hafen von Neapel lagern, über die Trümmernstadt auszugeben und dann durch ein Bombardement die Trümmer und Ruinen zu sprengen. Alles soll in ein Flammenmeer verwandelt werden, um die hofft man, alle Krankheitskeime zu zerstören, die aus dem Schutte entspringen. Es ist nur zu natürlich, daß sich tausend Stimmen gegen diesen Plan erheben. Die

Bewohner von Messina haben zwar in ihrer Stadt das Schreckliche Unglück erlitten, aber sie können doch mit lässlicher Andacht am Heiligabend: Sie wollen nicht, daß der Ort ganz von der Erdbewegung verschlungen, mit dem sie durch unzählige Erinnerungen verbunden sind. Und so ist eine förmliche Volkswanderung gegen den Mar entstanden, Messina von Grund auf zu zerstören. Die Leuten von Palermo verabschiedeten sich von den Verwandten der Stadt, die die Verheerung eines verarmten Abfalls. Da die Verheerung an das religiöse Gewissen der Bevölkerung appelliert, an die Sentimentalität und Familienliebe der Bürger, so finden viele protestierenden Ausrufe ein lautes Echo. Gottlos wird die Idee des Bombardements genannt. Sie dürfte kaum ausgeführt werden.

Allgemein wird bekannt, daß noch viele Lebende unter den Trümmern liegen. In verschiedenen Krüften sind hervorgehoben, daß bei den Erdbeben von 1668 und 1763 nach zwanzig Tagen Lebende gefunden worden sind; im Jahre 1887 kamen sogar Kinder nach zwanzig Tagen noch lebendig zur Freiheit, deshalb ist es unannehmlich, die Trümmer zu verbrennen oder zu bombardieren. Schließlich sind auch die Verheerungen der letzten Nacht, der heilige Professor Kostrell, der Chef des Valerianer Spitals, und seine Verheerungen telegraphierten an den König und Bischof, sie mögen den Kommandanten von Messina, General Magia, anweisen, daß er das Bombardement unterlasse. Es sei sanitär unsicher.

Die Verheerungen haben ganz recht, wenn sie dringend von überreifen und zu strengen Maßnahmen abraten. Augenblicklich ist das wichtigste, was jeder am Hilfswort beteiligt mit Unerschrockenheit und Aufopferung seine Pflicht zu tun. Für Neugierige und bloße Mitläufer ist das Unglück nicht vollkommen abgeklärt. Die Hilfsarbeiten müssen die größte Mühe mit sich bringen und dürfen nur Wasser einfließen, das aus Wasserleitungen oder von den Schiffen herangebracht wird. Nur das herumstreifende Müllergewimmel muß erhaltungsfähig gehalten werden, ebenso werden die zahllosen Hunde getötet, die sich zum entsetzlichen Leidensmittel eingeladen haben. Der Ausbruch einer Epidemie soll um jeden Preis verhindert werden, und so ist der Ort zur strengsten Abkapselung offenbar auf fruchtbarer Erde gefallen. Alle Reisenden, die in Messina Halt machen wollten, müssen umkehren. Jeder Zutritt ist eben verboten; nur trotzdem einbringen, gerät in die Gefahr, erschossen zu werden. Der neugierige Wanderer würde auch nur im Wege bei den Rettungsarbeiten sein.

Rom, 6. Januar. Das Marineministerium hat Vorkehrungen getroffen, um die Schiffahrt in der Straße von Messina wieder aufzunehmen; da die Verhältnisse und Signalisationen zerfallen sind, wird man provisorische Sicherheitsmaßnahmen treffen.

Neue Erdbeben.
Neapel, 6. Januar. Aus Messina wird berichtet, neue Erdbeben sind gestern verspürt worden. Auch die im Hafen liegenden Schiffe veränderten deutlich die Bewegung. Die Küsterriffen, die noch stehen geblieben sind, sind infolge des gestrigen Erdbebens zusammengesunken. Neue Feuerbrünste sind ausgebrochen. Die Rettungsarbeiten werden mit großer Energie fortgesetzt und täglich werden noch Leberlebende geborgen, u. a. gestern ein 10 Monate altes Kind. Der Abt. De Felice hat den Antrag gestellt, man möge den Leberlebenden Messinas und Reggio's gestatten, die Ruinen ihrer Wohnungen abzusuchen, um Wertgegenstände zu bergen.

Messina, 6. Januar. Die Erdbeben dauern fort. — Gestern gegen Mitternacht wurde ein heftiger Erdstoß verspürt, der neuerdings unter den Bewohnern große Aufregung verursachte.

Rom, 6. Januar. Der Seismologe Professor Oddone, der am 31. Dezember nach Messina abgereist war, um über das Erdbeben Untersuchungen anzustellen, ist hierher zurückgekehrt. Er hat das Observatorium in Messina behauptet, daß im Sommer ein solches seismisches Laboratorium jedoch unerwartet gefunden. Der Mikroskopograph hat alle Erdbebenerscheinungen bis zur und während der Katastrophe aufgezeichnet, so daß es möglich sein wird, nach dem Diagramm das Erdbeben in allen seinen Phasen zu studieren.

Rom, 6. Januar. In Palermo, das vom Erdbeben größtenteils verschont worden ist, sind die schwarzen Platten ausgebrochen. Das Institut für Gerambehandlung in Mailand sandte Japsstoff für 25 000 Injektionen ab.

Reggio (Kalabrien), 6. Januar. In vergangener Nacht ist der Belagerungszustand in sämtlichen Gemeinden der Provinz proklamiert worden.

Neues aus aller Welt.
Berlin, 6. Januar. Eine Liebesstrahlende hat sich in Göttingen bei Berlin in der Gastwirtschaft von Nicht abgespielt. Der Chauffeur Robert Gerbrich aus der Reichenstraße 25, der Teilhaber eines Projektautomobils, war mit der Ehefrau seines Teilhabers, Martha

Gilbebrandt aus Oalenke, Joachim-Friedrichstraße 46, mit dem Automobil durchgehauen und nach Göttingen gefahren. Hier hatten sie sich in einem Gasthof eingefangen. Als beide gestern nicht zum Vorabend kamen, wurde die Tür ihres Zimmers geöffnet und man fand das Liebespaar tot auf. Sie hatten verschiedene Briefe an ihre Angehörigen hinterlassen, in denen sie erklärten, die Tat verübt zu haben und allen Freunden Lebewohl sagen.

Bismarckstraße, 6. Januar. Trotz des eingetretenen Tauwinters wachte sich der Kaufmann Koch auf den Bruchteil zu einer Schiffschubpartie. Er brach ein und erkrankte.

Nürnberg (Ostf.), 6. Januar. In der vergangenen Nacht erschoss sich im Eßener Gedächtnis der Gerichtsaktuar Müller aus Wehr, er war seit dem 1. Januar am hiesigen Gericht beschäftigt und vorher in Hannover tätig. Spielgelder und das Leben ungesunder Literatur sollen das Motiv zur Tat sein.

Ameln, 6. Januar. Die Leiche des seit dem 18. Dezember vorigen Jahres vermissten fünfjährigen Knaben Hans Weste, Sohn des Lokomotivführers Weste in Ameln, wurde heute vormittag in der Nähe von Neudorf unweit des Bahnhofs in einem Zaunrand gefunden. Die Leiche war bis auf das Gesicht entleert. Der Verbrecher hat, entgegen den Versicherungen, daß er sich nach Aufweis des Kindes, Ameln anzuweisen noch nicht verlassen. Der Unterweis des Kindes war aufgeschlüsselt, so daß die Eingeweide hervorgehoben. Man vermutet, daß der Knabe nachdem er ihm ein Giftgeschloß verbrochen vorführt worden ist, getötet wurde. Von dem Täter fehlt bisher noch jede Spur.

Worms (Rheinl.), 6. Januar. In vergangener Nacht kriegte A. u. B. durch die Kirchenfeuer in die hiesige Kirche ein und raubte sämtliche wertvollen goldenen und silbernen Altargeräte, sowie einen Teil der Holien. Den Rest der Holien warfen sie auf den Altar. Die vollständigen Nachforschungen waren bisher ergebnislos.

Salzfurt, 6. Januar. Abt Christophorus vom Kloster Lorsch auf dem Berge Riß ist auf der Brücke der vierzig Märtyrer von unbekanntem Täter ermordet worden.

Victoria-Salon.
26 Waisenhausstrasse 26.
Künstlerfest — Komiker Platzheim
u. a. m. Anfang 8 Uhr. Sonntags 4 Uhr u. 8 Uhr.
Tunnel-Kabarett: Tyrkowiak. Anfang 4, Schluss 10.

Hallo! Hallo!
Reichshallen
Palmstr. 13, 1 Min. v. Postplatz.
Täglich:
Feines Kabarett
Zum Totfischen! Coal Svaf.
Bieder-Erast.

Butter!
bedeutend billiger.
Aug. Bargholdt
Oschatzer Strasse 19.
Mutterspritzen
Spülkannen, Leibbinden, Gummistrümpfe
Pflöge bei Störung mit etc.
Frauenartikel
Preis-Liste gratis u. diskret.
Rich. Freisleben
Postplatz.
Man achte genau auf Firma, in der die Adresse steht.
Wollmilch
A Liter 18 Pf. Wollmilch.
Ein Paar toll neue Filzschuhe
bügeln zu verk. Dr. Witten, Wollmilch-
straße 50, 3. (Schönfelder)

Minorverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren in Dresden.
Nach amtlichen Feststellungen. (Es verstehen sich: der niedrigste Preis für Fleisch mit Zulage, der höchste Preis für Fleisch ohne Zulage.)

Kategorie	Kilogramm		
	am 3. Jan. 1909	Ende Dez. 1908	Ende Dez. 1907
Rindfleisch			
Steil	60-120	67-120	70-120
Quadr.	50-80	50-80	60-90
Bratenfleisch, Keule	80-120	80-120	80-120
Schab.	80-160	80-160	90-180
Keule, unangebraten	80-140	80-140	80-140
Keule, ausgebraten	110-250	110-250	110-250
Kalb- und Schweinefleisch			
Schmalzfleisch	120-200	120-200	120-200
Keule	80-120	80-120	80-120
Lebende Keule	60-120	60-120	65-120
Hammerfleisch			
Keule	75-120	75-120	75-120
Keule, gebraten	75-120	75-120	75-120
Keule, roh	60-100	60-100	65-110
Schweinefleisch			
Keule	70-100	70-100	70-100
Keule	80-120	85-120	90-120
Keule	65-85	65-85	60-80
Keule	30-70	30-70	30-70
Keule	80-130	80-130	80-140
Schinken im ganzen Stück	100-150	100-150	90-150
Schinken im Aufschnitt	160-240	160-240	160-240
Speck, geräuchert	70-100	70-100	80-100
Speck, roh	65-90	65-90	65-90
Schmalz	90-100	90-100	80-100
Rinderfleisch			
Blutwurst	60-80	60-80	60-80
Blutwurst	50-140	50-140	50-120
Blutwurst	60-140	60-140	60-140
Blutwurst	120-200	120-200	120-200

E. Neuhof's Restaurant
14 Strifflstraße 14
Grosser Mittagstisch.
Freitag: Schlacht-Fest.
Verkehr-Lokal der Modelltschier.
Fisch-Gätze — Alte Eiche.

Erste authentische Aufnahme! Optische Verichterfassung über:
Das furchtbare Erdbeben
in
Sizilien u. Kalabrien.
Der Untergang von
Messina und Reggio.
Es. Maj. der ital. König nebst Gemahlin auf der Unglücksstätte von heute an im

Imperial-Kino
Moritzstr. 3.
Außerdem das überaus reichhaltige Orchester-Programm mit den brillantesten Schlegeln.

140 Marabu-Stolen
zu verkaufen. Es kostet eine Stola
2 m lang, 4/6, 5 bis 8.50 Pf.
Kragenform 8.50 bis 17 Pf.
Straussfeder-Stolen
2 m lang, 11, 14, 17, 21 Pf.
bei Hesse, Scheffelstr. 12.
Federbetten — fault hier
Federreinigung Amalienstr. 12.

Schinkes Wermut-Wein
zu haben in den Konsumvereinen.

Für die vielen Gemeinlichkeits-Tätigkeiten beim Feiern meines geliebten Vaters, umherreisenden Vaters Ernst Robert Danovsky lagen mir allen untern aufrichtigsten Dank. Gelobten Dank dem Arbeiterverband der Firma Bierling in Rügeln für die Geld- und Blumenbeiste. Pina. Die besten Dankes-Gelien nebst Kindern.

Freundl. Wohnung, 130 M., im Park zu vermieten. Seidnitz, Gerberstraße 24, post. Heubere/Waldenstraße zu vermieten Schönfeldstr. 11, 2. Unte.

4. Wahlkreis Dresden-N. Frauen.
Unsern werten Mitglieder die traurige Nachricht, daß am 6. Januar früh 6 Uhr unsere Genossin
Frau Marie Mickel geb. Rotzsch
infolge einer schweren Operation im 41. Lebensjahre sanft verschieden ist.
Die Beerdigung findet Sonntag den 10. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des St. Pauli-Friedhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung erucht
Der Vorstand.

Unsern werten Gäten, Genossen, Gemeinlichkeitskollegen, Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau
Marie Mickel geb. Rotzsch
am 6. Januar 1909, früh 6 Uhr, infolge einer schweren Operation im 41. Lebensjahre sanft verschieden ist.
Die Beerdigung findet Sonntag den 10. Januar 1909, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des St. Pauli-Friedhofes aus statt.
Um stille Beileid bittet
Der trauernde Gatte
Max Mickel nebst Angehörigen
Restaurant Schönbrunnstraße 1.

Mutterspritzen
Eukalkanen s. 1 M. an, Leibbinden und alle hygienischen Frauenartikel.
Preisliste gratis. 10 Bros. Rabatt.
Frau Heusinger
Am See 37
Ede Dippoldsdorferplatz.
Man achte auf die Firma!
Dienstag
Suche einen
Kost auf Wunsch im Hause.
Karl Haupt, Schneidermeister
Coschütz-Dresden.

Arbeiter-Radfahrerverein Dresden
Hierdurch den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Genosse
Max Krauss
am 5. Januar plötzlich und unerwartet verschieden ist.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!
Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 2 1/2 Uhr von der Paretationshalle des Ostbayer Friedhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Hierdurch die traurige Nachricht, daß unser lieber, guter Sohn, Bruder, Schwager und Onkel
Herr Max Krauss
im 30. Lebensjahre am Dienstag vormittag nach einer vorübergehenden Krankheit unerwartet sanft entschlafen ist. Dies jagt tiefbetruert an Dresden-Löbtau, Post-Wollmilch-Platz 1
Woldemar Krauss, Ida Krauss geb. Mehnert
im Namen aller Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Freitag den 8. Januar, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Halle des Ostbayer Friedhofes aus statt.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands
Zahlstelle Dresden.
Unsern Kollegen hierdurch zur Nachricht, dass die Frau des Kollegen Mickel
Marie Mickel
unerwartet verschieden ist.
Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Sankt Pauli-Friedhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Die Ortsverwaltung.

6. Wahlkreis. Bezirk Löbtau.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Dienstag vormittag nach kurzem Krankheitsanfall unser Mitglied, der Maschinenbauer
Max Krauss
im 30. Lebensjahre verschieden ist.
Die Beerdigung erfolgt Freitag den 8. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Ostbayer Friedhofes aus.
Um zahlreiche Beteiligung erucht
Die Verwaltung.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Dresden.
Unsern Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis, daß unser Kollege
Max Krauss, Schlosser
am 5. Januar 1909, vormittags, verschieden ist.
Die Beerdigung findet Freitag den 8. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Paretationshalle des Ostbayer Friedhofes aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Radfahrerverein Dresden
Hierdurch den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Genosse
Max Krauss
am 5. Januar plötzlich und unerwartet verschieden ist.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!
Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 2 1/2 Uhr von der Paretationshalle des Ostbayer Friedhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Hierdurch die traurige Nachricht, daß unser lieber, guter Sohn, Bruder, Schwager und Onkel
Herr Max Krauss
im 30. Lebensjahre am Dienstag vormittag nach einer vorübergehenden Krankheit unerwartet sanft entschlafen ist. Dies jagt tiefbetruert an Dresden-Löbtau, Post-Wollmilch-Platz 1
Woldemar Krauss, Ida Krauss geb. Mehnert
im Namen aller Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Freitag den 8. Januar, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Halle des Ostbayer Friedhofes aus statt.

Das Anzeigenblatt der...
 (S. 1) (S. 2) (S. 3) (S. 4) (S. 5) (S. 6) (S. 7) (S. 8) (S. 9) (S. 10) (S. 11) (S. 12) (S. 13) (S. 14) (S. 15) (S. 16) (S. 17) (S. 18) (S. 19) (S. 20) (S. 21) (S. 22) (S. 23) (S. 24) (S. 25) (S. 26) (S. 27) (S. 28) (S. 29) (S. 30) (S. 31) (S. 32) (S. 33) (S. 34) (S. 35) (S. 36) (S. 37) (S. 38) (S. 39) (S. 40) (S. 41) (S. 42) (S. 43) (S. 44) (S. 45) (S. 46) (S. 47) (S. 48) (S. 49) (S. 50) (S. 51) (S. 52) (S. 53) (S. 54) (S. 55) (S. 56) (S. 57) (S. 58) (S. 59) (S. 60) (S. 61) (S. 62) (S. 63) (S. 64) (S. 65) (S. 66) (S. 67) (S. 68) (S. 69) (S. 70) (S. 71) (S. 72) (S. 73) (S. 74) (S. 75) (S. 76) (S. 77) (S. 78) (S. 79) (S. 80) (S. 81) (S. 82) (S. 83) (S. 84) (S. 85) (S. 86) (S. 87) (S. 88) (S. 89) (S. 90) (S. 91) (S. 92) (S. 93) (S. 94) (S. 95) (S. 96) (S. 97) (S. 98) (S. 99) (S. 100)

